

Durch sozialen Zusammenhalt Gemeinschaften in Krisen und Umbrüchen stärken

*Eine Arbeitshilfe für
Katastrophenschutzorganisationen,
Kommunalverwaltungen,
Nachbarschaftsorganisationen und
Wohlfahrtsverbände*

ResOrt 

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Inhalt

Einleitung	4
Das Zusammenspiel von sozialem Zusammenhalt und Resilienz in Krisen- und Katastrophenfällen	5
Zentrale Ergebnisse der empirischen Untersuchung von ResOrt	7
Aufbau der Arbeitshilfe und Nutzungsanweisung	8
Handlungsfelder	
1) Kooperation zwischen Organisationen	9
2) Zivilgesellschaftliche Kooperation	25
3) Kommunikation	30
4) Ehrenamtsförderung	39
5) Offene und niedrigschwellige Angebote	51
6) Abbau von Ungleichheiten	62
7) Diversität und Toleranz	82
Impressum	90

Einleitung

Internationale und nationale Studien zeigen, dass sozialer Zusammenhalt die Resilienz der Bevölkerung im Krisen- und Katastrophenfall entscheidend erhöhen kann. Je stärker der soziale Zusammenhalt einer Gemeinschaft ist, desto größer sind ihre Bewältigungsfähigkeiten im Umgang mit Krisen, Katastrophen und sozialen Umbrüchen.

Die Erfahrungen vergangener Krisenereignisse zeigen aber auch, dass Organisationen, die zum Abbau gesellschaftlicher Verwundbarkeit beitragen, diesen Faktor sehr unterschiedlich berücksichtigen.

Das BMBF-Forschungsprojekt „Resilienz durch sozialen Zusammenhalt – Die Rolle von Organisationen“ (ResOrt) widmet sich vor diesem Hintergrund seit Oktober 2017 der Frage, welche Rolle der soziale Zusammenhalt in der Arbeit von Katastrophenschutzorganisationen, Wohlfahrtsverbänden, Nachbarschaftsorganisationen und Kommunalverwaltungen bei der Bewältigung von Krisen und Umbrüchen spielt. ResOrt ist ein Verbundprojekt des Lehrstuhls für Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit der Bergischen Universität Wuppertal (Projektkoordination), des Generalsekretariats des Deutschen Roten Kreuzes und des Instituts für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht der Ruhr-Universität Bochum.

Im Rahmen des Projekts wird untersucht, welche (sozialräumlichen) Bedingungen auf der Ebene von Stadtteilen und Nachbarschaften sozialen Zusammenhalt entstehen lassen und wie er durch die (Zusammen-)Arbeit von Organisationen gezielt gestärkt werden kann.

Auf Grundlage der Projektergebnisse wurden für die vorliegende Broschüre konkrete Handlungsempfehlungen ausgearbeitet, wie Katastrophenschutzorganisationen, Wohlfahrtsverbände, Nachbarschaftsorganisationen und Kommunalverwaltungen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts als einer wesentlichen Bewältigungsressource beitragen können.

Das Zusammenspiel von sozialem Zusammenhalt und Resilienz in Krisen- und Katastrophenfällen

Die soziale Infrastruktur einer Stadt spielt eine entscheidende Rolle bei der Vorbeugung und Eindämmung schwerer Schäden in Krisensituationen und Katastrophen oder in Zeiten beschleunigten sozialen Wandels.

Sozialer Zusammenhalt ist gegeben, wo sich Menschen kennen, einander vertrauen und einen gemeinsamen Normen- und Wertekanon teilen. Gemeinschaften mit einem hohen sozialen Zusammenhalt sind gekennzeichnet durch ein starkes „Wir“-Gefühl und ein Gefühl der Zugehörigkeit, das sich im Verhalten ihrer Mitglieder manifestiert, insbesondere in einer hohen Partizipations- und wechselseitigen Hilfsbereitschaft, die in Krisen- und Katastrophensituationen abgerufen werden kann. Der soziale Zusammenhalt wird zudem als eine Ressource verstanden, die sich im alltäglichen Miteinander der Menschen herausbildet. Gleichermäßen stellt er jedoch eine kollektive Bewältigungskapazität in Krisen, Katastrophen oder sozialen Umbruchsphasen dar.

Zusammen mit der individuellen Notfallvorsorge entscheidet der soziale Zusammenhalt, wie resilient eine Gemeinschaft im Ereignisfall ist. Eine Nachbarschaft, die auf kollektive Bewältigungskapazitäten zurückgreifen kann, ist demnach weniger verwundbar: Je stärker die kollektiven Bewältigungskapazitäten sind, desto widerstands- bzw. anpassungsfähiger ist eine Gemeinschaft.

Einleitung



Abbildung: Das Verhältnis von Katastrophen, sozialen Umbrüchen oder Krisen und sozialem Zusammenhalt (eigene Grafik).

Zentrale Ergebnisse der empirischen Untersuchung von ResOrt

Im Frühjahr 2019 wurde eine schriftlich-postalische Bevölkerungsbefragung in den Untersuchungsgebieten Münster, Ostbevern und Wuppertal durchgeführt. Insgesamt rund 26.000 zufällig ausgewählte Bewohnerinnen und Bewohner erhielten einen Fragebogen zum Thema „Sozialer Zusammenhalt im Wohngebiet“. Darin wurden sie zu ihrer Wohnsituation, der Wahrnehmung ihres Wohngebiets und ihrem sozioökonomischen Hintergrund befragt. Erfragt wurden auch verschiedene Aspekte des sozialen Zusammenhalts, wie nachbarschaftliche Kontakte und die eigene und die erwartete Unterstützungsbereitschaft in krisenhaften Situationen.

Die Forschungsergebnisse zeigen, dass sozialer Zusammenhalt ein zentraler Faktor bei der Stärkung und Förderung von gesellschaftlicher Resilienz ist: Je höher der soziale Zusammenhalt im eigenen Wohngebiet eingeschätzt wird, desto größer ist auch die Zuversicht, dass Mitmenschen einander in einer krisenhaften Situation helfen. Mit der Unterstützungserwartung an andere wächst wiederum die eigene Bereitschaft, andere im Krisenfall zu unterstützen.

Die vollständigen Ergebnisse der Studie können Sie [hier](#) einsehen.

Ferner verdeutlichen die empirischen Ergebnisse, dass Organisationen, die den sozialen Zusammenhalt fördern, gleichermaßen zur Stärkung der Resilienz einer Gemeinschaft beitragen. Vor diesem Hintergrund soll die vorliegende Arbeitshilfe Organisationen konkrete Hilfestellung geben, welche Maßnahmen hierfür zielführend sein können.

Neben der Bevölkerungsbefragung wurden Workshops und Bewohner*innen-Interviews in den Untersuchungsgebieten und auf verschiedenen Fachtagungen

durchgeführt. In den Workshops tauschten sich Vertreter*innen von Kommunalverwaltungen, Katastrophenschutz, Nachbarschaftshilfe und Wohlfahrt zu sozialem Zusammenhalt in ihrer Stadt und ihrer Resilienz gegenüber Krisen und Katastrophen aus. Die Erkenntnisse aus diesen Workshops und Interviews mit engagierten Bewohner*innen flossen ebenfalls in diese Arbeitshilfe ein.

Aufbau der Arbeitshilfe und Nutzungsanweisung

Die Arbeitshilfe richtet sich an Katastrophenschutzorganisationen, Wohlfahrtsverbände, Nachbarschaftsorganisationen und Kommunalverwaltungen. Die konkreten Empfehlungen betreffen sieben verschiedene Handlungsfelder und sind in die folgenden Kapitel gegliedert:

1. Kooperation zwischen Organisationen, 2. Zivilgesellschaftliche Kooperation, 3. Kommunikation, 4. Ehrenamtsförderung, 5. Offene und niedrigschwellige Angebote, 6. Abbau von Ungleichheiten und 7. Diversität und Toleranz.

In den Kapiteln ist über den einzelnen Handlungsempfehlungen jeweils markiert, welche Arten von Organisationen sie ansprechen. Manche Empfehlungen sind für mehrere der sieben Handlungsfelder relevant, sie sind in diesen Fällen in allen betreffenden Kapiteln aufgeführt. Praxisbeispiele können mit Links auf externe Webseiten verweisen.

Die Leser*innen sind herzlich dazu eingeladen, an der Erweiterung des Inventars mit Ihren Anmerkungen und Vorschlägen mitzuwirken, die Kontaktadressen der zuständigen Projektpartner*innen finden Sie im Impressum.

Neue Kooperationsbeziehungen und Vernetzungen zwischen unterschiedlichen Organisationen (u.a. zwischen Hilfsorganisationen, sozialen Akteuren und Behörden) können dazu beitragen, aktuellen und zukünftigen Herausforderungen angemessen zu begegnen und das lokale Krisenmanagement zu verbessern.

Sowohl für den Katastrophenschutz als auch für Kommunalverwaltungen, Nachbarschaftsorganisationen und Wohlfahrtsverbände zeichnet sich eine gute Kooperation durch Faktoren wie Verbindlichkeit, Transparenz und Zeit aus.

Für die Zusammenarbeit ist es dabei wichtig, zentrale Akteure mit einer offenen und kooperativen Haltung zu identifizieren und persönliche Kontakte auf Augenhöhe zu pflegen. Kooperationen sollten aus vereinten Interessen mit gemeinsamen Zielen entstehen und beiden Parteien einen Mehrwert verschaffen. Ebenso wichtig wie eine kontinuierliche Beziehung mit regelmäßiger Kommunikation, die von Vertrauen und Gegenseitigkeit geprägt ist, sind dabei nachhaltige und langfristige Projekte mit gesicherter Finanzierung.

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Personenungebundene Kooperationsstrukturen etablieren

- ::: Diese Maßnahme zielt auf die Förderung von formalisierten sozialen Netzwerken ab.
- ::: Es wird empfohlen, personenungebundene Kooperationsstrukturen zu etablieren, die auch bei Personalwechsel beständig und funktionstüchtig bleiben.
- ::: Diese Maßnahme erfordert die Etablierung von formalisierten (inter-)organisationalen Kommunikationswegen (siehe S. 17).

1) Kooperation zwischen Organisationen

Praxisbeispiel: Netzwerke der FreiwilligenAgentur

::: Beispielhaft kann die Fachvernetzung der FreiwilligenAgentur Münster genannt werden. Im Rahmen dieser bringt sie Ehrenamtskoordinator*innen in der Flüchtlingshilfe zusammen. In Kooperation mit dem Sozialamt Münster etabliert sie einen Austausch zwischen Ehrenamtskoordinator*innen aus Flüchtlingsinitiativen, Projekten und Wohlfahrtsverbänden.

::: Auch Koordinator*innen von Paten- und Mentorenprojekten, in denen Kinder, Jugendliche und Erwachsene aus sozial schwachen und bildungsfernen Verhältnissen gefördert werden, werden von der FreiwilligenAgentur zweimal im Jahr zum Austausch an Runden Tischen zusammengebracht.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Vermittlung und Verweisberatung etablieren

::: Diese Maßnahme basiert auf interorganisationalen Gegenseitigkeitsnormen und Kooperationsstrukturen.

::: Es wird empfohlen, dass Organisationen hilfeschuchende sowie engagierte Zivilist*innen bedarfs- und anliegenspezifisch an zuständige Organisationen weitervermitteln.

::: Diese Maßnahme setzt die gegenseitige Kenntnis über jeweilige Zuständigkeiten, Tätigkeitsbereiche und Ressourcen voraus.

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Fachgruppen etablieren

::: Diese Maßnahme zielt auf die Förderung von formalisierten sozialen Netzwerken ab.

::: Es wird empfohlen, themenspezifische Fachgruppen zu etablieren.

::: In Fachgruppen diskutieren Expert*innen aus verschiedenen Praxisbereichen über (gesamt-)gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen, um sie anschließend gemeinsam zu bearbeiten.

Praxisbeispiel: Kriminalpräventiver Rat Düsseldorf

::: Die vielfältigen Aufgaben des Kriminalpräventiven Rats in Düsseldorf werden in Fachgruppen mit verschiedenen Themenschwerpunkten bearbeitet.

::: In der Fachgruppe „Städtebauliche Kriminalprävention“ sitzen beispielsweise Vertreter*innen aus der Kommunalverwaltung (Ordnungsamt), Polizei, Wohnungswirtschaft, Wissenschaft und den Verkehrsbetrieben.

1) Kooperation zwischen Organisationen

Praxisbeispiel: Kriminalpräventiver Rat Düsseldorf

::: Das interorganisationale Konsortium arbeitet an dem gemeinsamen Ziel, Orte zu verhindern, die Angst erzeugen oder vielleicht sogar zu Straftaten einladen.

::: Hier geht es zum Praxisbeispiel

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Bezirksversammlungen veranstalten

::: Bezirksversammlungen erleichtern den interorganisationalen Austausch und die Etablierung langfristiger Kooperationsstrukturen.

::: Bezirksversammlungen ermöglichen es Organisationen, sich gegenseitig über Aktuelles im Bezirk, über Projekte und Projektvorhaben zu informieren, zukünftige Veränderungen und Aufgaben zu besprechen und zu koordinieren sowie Gemeinsames zu planen.

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Kooperation von Schlüsselpersonen stärken

::: Die Kooperation von Schlüsselpersonen soll insbesondere die interorganisationale Kommunikation befördern.

::: Sie kann eigenverantwortlich, projektbezogen oder durch die Einrichtung von Quartiersräten oder Ähnlichem stattfinden.

::: Dabei sollten im besten Fall Kooperationsbeziehungen zu sozialen und kirchlichen Institutionen, Wohnungsbauträgern, Gewerben, Bürger*innen, Politik, Polizei, Stadtplanung, Jobcentern, Grünflächenämtern und Stadtverwaltungen etabliert werden.

::: Die interorganisationale Kooperation könnte darüber hinaus durch Kooperationen mit Umweltbetrieben im Bereich der Stadtplanung, der Schulsozialarbeit, Pflegestützpunkten, Sportvereinen, Firmen, Vereinen für Interessengruppen und Beiräten ausgeweitet werden.

Praxisbeispiel: Quartiersrat Berlin-Moabit

::: Ein Beispiel ist der Quartiersrat im Berliner Ortsteil Moabit, der an das Quartiersmanagement Moabit-Ost angegliedert ist. Er setzt sich aus Vertretungen der Bewohnerschaft sowie Institutionen aus dem jeweiligen Gebiet zusammen. In den Räten werden u.a. die Schwerpunkte der Quartiersentwicklung ausgearbeitet.

::: Hier geht es zum Praxisbeispiel

1) Kooperation zwischen Organisationen

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Stadtteilkonferenzen durchführen

- ::: Stadtteilkonferenzen stellen einen wichtigen Bestandteil des interorganisationalen Austauschs dar.
- ::: Hier können Organisationen eines Stadtteils auf Problemlagen hinweisen sowie Lösungsvorschläge austauschen und diskutieren.
- ::: Stadtteilkonferenzen bieten die Möglichkeit, Beziehungen zwischen Schlüsselpersonen eines Stadtteils herzustellen und zu verfestigen (s.o.).

Praxisbeispiel: Stadtteilkonferenz Wuppertal Oberbarmen/Wichlinghausen (Quartierbüro VierZwoZwo)

- ::: Das VierZwoZwo Quartierbüro (Soziale Stadt) veranstaltet regelmäßig Stadtteilkonferenzen für engagierte Bewohner*innen in Wuppertal-Oberbarmen und Wichlinghausen.
- ::: Die Konferenzen bieten die Möglichkeit über aktuelle Projekte, Initiativen und Projektvorhaben zu informieren sowie die Gelegenheit zum gegenseitigen Austausch.
- ::: Hier geht es zum Praxisbeispiel

Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe

Stadtteilmanager*innen einsetzen

- ::: Ein/e Stadtteilmanager*in fungiert als Bindeglied zwischen Bürger*innen und Stadtverwaltung, Vereinen, Kirchen und anderen Institutionen.
- ::: Stadtteilmanager*innen vertreten dabei die Interessen und Bedarfe der Bürger*innen und regen diesbezüglich Abstimmungen mit politischen Entscheidungsträger*innen an.
- ::: Das übergeordnete Ziel ist die Förderung lokaler Bürgerbeteiligung an der lebensweltorientierten Umgestaltung des Quartiers.
- ::: Ein Stadtteilmanagement ist in den meisten Fällen durch das Bund/Länder-Programm Soziale Stadt initiiert und gefördert.

Praxisbeispiel: Stadtteilkonferenz Wuppertal Oberbarmen/Wichlinghausen (Quartierbüro VierZwoZwo)

- ::: Im Quartierbüro VierZwoZwo (Soziale Stadt) arbeiten Quartiermanager*innen als Schnittstelle zwischen den Bürger*innen Oberbarmens und Wichlinghausens und der Stadtverwaltung Wuppertal.
- ::: Sie begleiten die baulichen Veränderungen und sozialen Projekte im Quartier und achten darauf, dass die Ideen, Interessen und Bedarfe der Bewohner*innen Gehör finden und im Gestaltungsprozess mit einfließen.

1) Kooperation zwischen Organisationen

Praxisbeispiel: Stadtteilkonferenz Wuppertal Oberbarmen/Wichlinghausen

::: Gleichzeitig ermutigen und unterstützen sie die Bürger*innen dabei, aktiv am Veränderungsprozess mitzuwirken.

::: Hier geht es zum Praxisbeispiel

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Gegenseitige Bereitstellung von Ressourcen fördern

::: Diese Maßnahme zielt auf die organisationsübergreifende Nutzung gemeinsamer Ressourcen ab. Organisationen aus verschiedenen Fachbereichen verfügen über unterschiedliche finanzielle, materielle und personelle Kapazitäten. Dabei ist der Zugang zu knappen Ressourcen oftmals ungleich verteilt. Von der gegenseitigen Bereitstellung (knapper) Ressourcen können alle Organisationen profitieren. Gleichermaßen werden interorganisationale Netzwerke aufgebaut.

::: Darunter fallen beispielsweise die folgenden Ressourcen:

Gegenseitige Förderung und Finanzierung

Fachwissen und Sprachkenntnisse

Gegenseitiger Zugang zu Räumen, Freiräumen und Ausstattung

Gegenseitiger Zugang zu Multiplikatoren

Gegenseitiger Zugang zu Informationen, z.B. zum Quartier oder zu Bürgerbedarfen

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Gemeinsame Kommunikationsstile und Entscheidungsstrukturen festlegen

::: Gemeinsame Kommunikationsstile und Entscheidungsstrukturen können die interorganisationale Zusammenarbeit erheblich erleichtern.

::: Sie können Kommunikationsschranken abbauen und Missverständnissen vorbeugen.

::: Gemeinsame Entscheidungsstrukturen können die Zusammenfindung und kollektive Diskussion akuter Problemlagen beschleunigen und eine schnellere Implementierung der Entscheidungen ermöglichen.

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Stadtteilkoordination vorantreiben

::: Die Bewältigung von Krisen, Katastrophen und sozialen Umbrüchen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an deren Umsetzung bereits zahlreiche Organisationen und engagierte Bürger*innen beteiligt sind. Den Überblick über das Engagement im Stadtteil zu behalten, fällt dabei nicht leicht. Es wird deshalb empfohlen, alle Fäden in einer Koordinierungsstelle zusammen laufen zu lassen.

::: Organisationen und Bürger*innen können sich hier über das Engagement im Stadtteil informieren. Die Koordinierungsstelle stellt Informationen bereit und bietet Vermittlungs- und Verweisberatung an. Auf diese Weise können sich Bewohner*innen leichter engagieren und Organisationen miteinander kooperieren.

1) Kooperation zwischen Organisationen

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Angebote und ehrenamtliche Möglichkeiten zentralisieren

- ::: Diese Maßnahme sieht die Etablierung einer Plattform vor, auf der alle (sozialen) Angebote in einem Stadtteil themen- und zielgruppenspezifisch gelistet und mit Informationen hinterlegt sind.
- ::: Die Maßnahme hilft sowohl den Bürger*innen als auch den Organisationen dabei, sich einen besseren Überblick über die Angebote und Aktivitäten in ihrem Stadtteil zu verschaffen.
- ::: Motivierten Bürger*innen wird es auf diese Weise erleichtert, sich zu engagieren oder am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Praxisbeispiel: Nachbarschaftshilfe Corona Wuppertal

- ::: Die Stabsstelle Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement der Stadt Wuppertal hat während der Corona-Krise eine Website eingerichtet, auf der sich Helfende und Hilfesuchende über soziale Hilfsangebote informieren können.
- ::: Die Angebote sind zentral auf der Webseite der Stadt Wuppertal gelistet und nach Stadtteil und Zielgruppe sortiert.
- ::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Praxisbeispiel: Engagement-Datenbank der FreiwilligenAgentur Münster

- ::: Auch die FreiwilligenAgentur Münster bietet eine Engagement-Datenbank, in welcher motivierte Freiwillige nach dem für sie passenden Engagement suchen können. Eine Filterung ist nach Postleitzahl, Zielgruppe, Handlungsfeld und nach gezielten Suchbegriffen möglich. Für Engagement im Zusammenhang mit dem COVID-19/SARS-CoV-2-Ausbruch gibt es zudem einen aktuellen Reiter, in welchem neben Engagementmöglichkeiten spezielle Tipps und Hinweise zum Beispiel zu verantwortungsvollem Helfen und Versicherungsschutz gegeben wird.
- ::: [Hier geht es zur Datenbank](#)
- ::: [Hier geht es zum Corona-Engagement](#)

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Diversität durch organisationale Kooperation fördern

- ::: Diese Maßnahme zielt mit interorganisationalem Netzwerkaufbau auf Diversität von Ehrenamtlichen und Organisationsmitgliedern ab und stärkt so auch soziales Vertrauen.
- ::: Es wird empfohlen, Kooperationen mit verschiedenen Interessens- und Selbsthilfeorganisationen, wie Vereinen zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen einzugehen. So könnten Ehrenamtliche für beispielsweise den Katastrophenschutz gewonnen werden.

1) Kooperation zwischen Organisationen

Praxisbeispiel: Migrantenselbstorganisationen (MSO)

::: Migrantenselbstorganisationen fördern unter anderem das ehrenamtliche Engagement ihrer Mitglieder und eignen sich als Kooperationspartner, um die Diversität in den Ehrenamtsstrukturen zu verbessern.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Gemeinsames Krisenbewältigungstraining etablieren

::: Diese Maßnahme zielt auf die Förderung sozialer Netzwerke, sozialen Vertrauens und von Reziprozität ab. Der Leitspruch „In der Krise Köpfe kennen“ betont, wie wichtig es ist, zur Bewältigung krisenhafter Situationen Ansprechpartner anderer (lokaler) Organisationen zu kennen. Genauso tragen gegenseitige Kenntnis der jeweiligen Tätigkeitsfelder, Kompetenzen sowie der Arbeitsweise und -prozesse zu einer verbesserten Kooperation bei.

::: Am besten verinnerlicht und erfahren werden können diese in einem simulierten gemeinsamen Krisen- und Katastrophenmanagement. Empfohlen werden daher organisationsübergreifende Übungen.

Praxisbeispiel: LÜKEX

::: Im Rahmen der „Länderübergreifenden Krisenmanagement Exercise“ (Lükex) beüben ausgewählte Bundesbehörden sowie Landesbehörden, Betreiber Kritischer Infrastrukturen, private Unternehmen sowie viele weitere Institutionen alle zwei Jahre die Bewältigung verschiedener Krisenszenarien. Die Übungen werden aufwendig vorbereitet und im Nachgang zudem umfassend ausgewertet.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Organisationsübergreifende Evaluierungen durchführen

::: Die meisten lokalen Krisen und Katastrophen werden in Kooperation vieler verschiedener Organisationen abgearbeitet, eine abschließende gemeinsame Evaluation der Bewältigung ist jedoch eine Seltenheit.

::: Die systematische Evaluation der Kooperation während des Krisen- und Katastrophenmanagements zum Beispiel anhand der Evaluationskriterien der OECD (Effizienz, Effektivität, Wirksamkeit, Kohärenz, Relevanz und Nachhaltigkeit) könnte diese für zukünftige Ereignisse in wesentlichem Maße verbessern. Es wird daher empfohlen, lokale organisationsübergreifende Übungs- und Einsatzbewertungen durchzuführen, um eine verbesserte Bewältigung zukünftiger Schadenslagen zu erwirken. Zu beteiligen sind Vertretungen aller relevanten Stakeholder.

1) Kooperation zwischen Organisationen

Praxisbeispiel: After Action Review der WHO

::: Eine organisationsübergreifende Evaluation im internationalen Kontext ist die von der WHO durchgeführte After Action Review (AAR). Im Nachgang von Gesundheitsnothilfe-einsätzen, wie beispielsweise in Pandemien, werden die Maßnahmen, die zur Reaktion auf das Ereignis ergriffen wurden, qualitativ untersucht. Abhängig vom zu evaluierenden Ereignis identifizieren die durchführenden Partner die relevanten Stakeholder und beteiligen diese an der Überprüfung.

::: Ein AAR dient dazu, herauszufinden, was bereits gut funktioniert hat, wie bewährte Verfahren institutionalisiert und mit den relevanten Interessengruppen geteilt werden können und welche Bereiche durch Korrekturmaßnahmen verbessert werden müssen. So sollen anhand eines kontinuierlichen Verbesserungs- und Lernprozesses Best Practices und Kapazitätslücken identifiziert werden.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Gemeinsame Forschung und Entwicklung umsetzen

::: Durch Forschungsprojekte und die gemeinsame Entwicklung von Lösungsansätzen kann an einem gemeinsamen Ziel gearbeitet sowie interorganisationale Netzwerke und Vertrauen aufgebaut werden. Unterstützt werden Praxisorganisationen hierbei durch Universitäten und andere Forschungseinrichtungen.

::: Neben Forschungsprojekten, in denen Wissenschaftseinrichtungen mit Praxispartnern kooperieren, kann auch Bürger*innenforschung (Citizen Science), zum Beispiel in sogenannten Reallaboren, zu einer Stärkung des sozialen Zusammenhalts beitragen. Sie stärkt die Kapazitäten und Teilhabechancen der Bevölkerung sowie abhängig vom Projekt auch die kommunale Identität.

::: Es wird daher empfohlen, in kooperativen Formaten oder unter Bevölkerungsbeteiligung zu forschen und Entwicklung voranzutreiben.

Praxisbeispiel: ZUKUR Reallabore (TU Dortmund, Regionalverband Ruhr, Stadt Dortmund, Stadt Bottrop)

::: Das Projekt ZUKUR zielt auf die Reduktion sozial-ökologischer Ungleichheiten sowie auf eine Verbesserung der Klimaresilienz auf den drei Ebenen Region (Metropole Ruhr), Stadt (Stadt Bottrop) und Quartier (Dortmund-Marten) ab. Forschung findet in sogenannten Reallaboren statt, einer Forschungs Kooperation aus Wissenschaftler*innen, Kommunalverwaltung und Bürger*innen. Hierüber sollen Bürger*innen an der Stadt- und Regionalentwicklung beteiligt werden. Kernbestandteil ist „gegenseitiges Lernen in einem experimentellen Umfeld“.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

1) Kooperation zwischen Organisationen

Praxisbeispiel: Kirche findet Stadt (Caritas & Diakonie)

::: Das Projekt „Kirche findet Stadt“ thematisiert die Entwicklung lebenswerter Städte, Dörfer und Quartiere. Betont wird die gemeinsame Verantwortung der Kommunen, des Bildungs- und Gesundheitssektors, der Zivilgesellschaft, der Privatwirtschaft, von Kirchengemeinden und Wohlfahrtsverbänden, die alle an der Entwicklung beteiligt werden müssen. Nur durch ein Zusammenbringen der verschiedenen Fertigkeiten und Fähigkeiten könnten lebenswerte Räume entstehen.

::: Hier geht es zum Praxisbeispiel

Zivilgesellschaftliche Kooperation

2)

Die aktive Kooperation von Organisationen mit der Zivilgesellschaft kann dazu beitragen, sozialen Zusammenhalt in der Bevölkerung zu stärken. Denn wenn Partizipation aktiv ermöglicht wird und soziale Netzwerke aufgebaut werden, steigt auch der Zusammenhalt.

Maßnahmen wie die Einrichtung von Dialogforen, der Ausbau nachbarschaftlicher Netzwerke und Anregungen zur Mitgestaltung öffentlicher Räume schaffen einen Nährboden für soziales Vertrauen, gemeinsame Werte- und Normen und gesellschaftliche Teilhabe.

Auch im Sinne der Katastrophenvorsorge sind dies wichtige Vorgänge. Im Ereignisfall steigt mit dem sozialen Zusammenhalt auch die Selbsthilfefähigkeit der Gemeinschaft.

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Dialogforen und Raum für Kommunikation schaffen

::: Diese Maßnahme zielt in erster Linie auf die Förderung sozialer Netzwerke ab, indem Dialogforen und Räume für Kommunikation bereitgestellt und etabliert werden.

::: Die Dialogforen und Kommunikationsräume dienen einerseits dazu, Menschen entlang geteilter Bedarfe und Interessen zusammenzubringen. Dadurch wird insbesondere das soziale Vertrauen und ein gemeinsamer Werte- und Normenkanon in der Nachbarschaft gestärkt. Im Idealfall erwachsen auf diese Weise zivilgesellschaftliche Kooperationsstrukturen.

2) Zivilgesellschaftliche Kooperation

Dialogforen und Raum für Kommunikation schaffen

::: Andererseits sollen Organisationen und Bewohner*innen miteinander in den Austausch gelangen. Auf diese Weise erfahren Organisationen mehr über Bedürfnisse, Interessen und Probleme der Bewohner*innen. So können sie darauf reagieren oder zivilgesellschaftliche Zweckbündnisse anregen und unterstützen.

Praxisbeispiel: Kommunale Labore sozialer Innovation (KoSI-Lab)

::: Die Städte Dortmund und Wuppertal haben mit der Technischen Universität Dortmund, dem Wuppertal Institut und dem Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung zwei kommunale Innovationslabore eingerichtet.

::: In den beiden Laboren arbeiteten Akteur*innen aus der öffentlichen Verwaltung, Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Initiativen und Wissenschaft miteinander an neuen Ideen für gesellschaftliche Praktiken, Prototypen und Geschäftsmodelle.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Nachbarschaftliche Netzwerke und Kooperationsbeziehungen ausbauen

::: Mit der Förderung und Stärkung nachbarschaftlicher Netzwerke und Kooperationsbeziehungen können Organisationen dazu beitragen, die Selbsthilfefähigkeit der Zivilbevölkerung zu stärken.

::: Es wird empfohlen, dass Organisationen Angebote und Räume für Bürger*innen bereitstellen, um miteinander in Kontakt und Austausch zu kommen und gemeinsam (für andere) aktiv zu werden.

::: Nachbarschaftliche Netzwerke und Kooperationsbeziehungen sind somit der Nährboden für soziales Vertrauen, einen gemeinsamen Werte- und Normenkanon, Gegenseitigkeitsnormen und gesellschaftliche Teilhabe.

Praxisbeispiel: Solidaritäts-Zettel

::: Aufgrund des hohen Ansteckungspotentials des Coronavirus (SARS-CoV-2) und der Gefahr einer schweren COVID-19-Symptomatik, wurde insbesondere denjenigen Menschen empfohlen, zu Hause zu bleiben, die zur Risikogruppe gehören. Vor diesem Hintergrund entstanden die sogenannten Solidaritätszettel, auf denen Nachbar*innen, die nicht zur Risikogruppe gehören, ihre Hilfsbereitschaft gegenüber anderen anbieten können.

::: Diejenigen, die zur Risikogruppe gehören und Bedarf haben, können sich auf den Zetteln eintragen und Dienstleistungen wie etwa Einkaufswünsche anfragen.

Praxisbeispiel: Buddy-System (HelpAge)

::: Nach dem Erdbeben in Haiti im Jahr 2010 baute HelpAge mit einem Freiwilligennetzwerk ein Buddy-System in Communities auf. Anlass war, dass herkömmliche Katastrophen-Frühwarnsysteme ältere Menschen mit Hör- und Geistesbehinderungen nicht

2) Zivilgesellschaftliche Kooperation

Praxisbeispiel: Buddy-System (HelpAge)

adäquat ansprechen. Die Rolle der „Buddys“ besteht unter anderem darin, gefährdeten älteren Menschen bei der Evakuierung zu helfen. Hierzu werden zum Beispiel bei Erdbeben weniger vulnerable ältere Freiwillige durch HelpAge in der Katastrophenvorbereitung ausgebildet und ihnen eine verwundbarere Person zugewiesen, die sie im Notfall unterstützen sollen.

::: Hier geht es zum Praxisbeispiel

Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe

Gemeinsame Gestaltung des öffentlichen Raums fördern

::: Die gemeinsame Gestaltung des öffentlichen Raums zielt in erster Linie auf die Identifikation der Bürger*innen mit ihrem Wohngebiet ab. Auf diese Weise können im Idealfall soziale Netzwerke als Basis gemeinsamer Werte und Normen sowie sozialem Vertrauen etabliert werden.

::: Organisationen können den Gestaltungsprozess koordinieren und mit finanziellen sowie materiellen Ressourcen unterstützen.

Praxisbeispiel: Zwischennutzung Ebertplatz (Köln)

::: Seit 2018 erarbeiten verschiedene Initiativen, Anwohner*innen und Arbeitsgruppen gemeinsam mit der Stadt Köln Projekte, Konzepte und Veranstaltungen, um den Ebert-

platz wieder in einen beliebten und vielfältig genutzten öffentlichen Platz zu verwandeln. Den Schwerpunkt bilden (sozio-)kulturelle Angebote, gestalterische Aufwertungen und Begrünung sowie Gastronomie. Der Prozess lebt dabei von dem Engagement verschiedenster Menschen.

::: Hier geht es zum Praxisbeispiel

Eine gute Kommunikation fördert Austausch. Das gilt nicht nur für die Verständigung zwischen Organisationen, sondern auch für die Beziehungen von Organisationen mit der Zivilbevölkerung. Eine gute Kommunikation gibt das Gefühl, eingebunden zu sein, was ein wichtiger Faktor zum Aufbau sozialer Netzwerke in einer Gemeinschaft ist.

Durch einen gemeinsamen Austausch von Wissen lässt sich außerdem die Expertise verschiedener Akteure überhaupt erst nutzbar machen. Dabei ist es wichtig, darauf zu achten, dass unterschiedliche Gruppen auch verschieden kommunizieren. Unterschiedliche Modi gilt es beispielsweise in der Kommunikation zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen oder Behörden und Nachbarschaftsorganisationen zu beachten.

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Interorganisationalen Informationsaustausch fördern

- ::: Diese Maßnahme zielt auf den organisationsübergreifenden Austausch von Informationen und die Etablierung interorganisationaler Kommunikations- und Kooperationsstrukturen ab.
- ::: Es wird empfohlen, dass Organisationen ihr spezifisches Fachwissen und ihren lokalen Wissensbestand auch für andere Organisationen zugänglich machen. Im Idealfall findet der Austausch auch fachbereichsübergreifend statt. Durch den gegenseitigen Austausch können Organisationen effizienter und ressourcensparender (zusammen-)arbeiten (siehe S. 11).

Praxisbeispiel: Jahrestagung des Verbands für sozial-kulturelle Arbeit e.V. (VskA)

- ::: Als Dachverband vernetzt der Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V. (VskA) zahlreiche Akteur*innen aus den Bereichen Wohlfahrt, Stadtteil- und Nachbarschaftsarbeit miteinander.
- ::: Einmal im Jahr lädt der VskA zur Jahrestagung Stadtteilarbeit an wechselnden Orten in Deutschland ein, in deren Rahmen bis zu 150 Akteur*innen aus der Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit über aktuelle Themen diskutieren und sich neue Ideen und Input für ihre Arbeit vor Ort holen.
- ::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Öffentlichkeitsarbeit verstärken

- ::: Organisationen sollten sichtbar sein und Präsenz zeigen. Das kann über gezielte, zielgruppenorientierte und zweckgerichtete Öffentlichkeitsarbeit erreicht werden.
- ::: Öffentlichkeitsarbeit kann beispielsweise durch Stadtteilzeitungen, die Nutzung von Informationsflächen (wie z.B. Schaukästen), Ortsteilkonferenzen, Planungsraumrunden, Runde Tische und Kiezzrunden stattfinden.

Öffentlichkeitsarbeit verstärken

- ::: Außerdem bieten sich Thementage wie der Tag des Katastrophenschutzes als Anlass für Öffentlichkeitsarbeit von Seiten der Organisationen an.
- ::: Organisationen sollten auch im Internet auf sich aufmerksam machen, zum Beispiel auf digitalen Nachbarschaftsplattformen und über soziale Medien (s. nächste Maßnahme).

Praxisbeispiel: Gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit Demenz

- ::: Das Caritas-Projekt „Gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit Demenz“ umfasst eine groß angelegte Kampagne und andauernde Aufklärungsarbeit rund um das Thema Demenz. Die Kampagne zielt darauf ab, Ängste und die Tabuisierung des Themas abzubauen.
- ::: Im Rahmen u.a. von Infoabenden, Netzwerktreffen und einer Fotoausstellung wurde auf das Thema Demenz aufmerksam gemacht.
- ::: Über das Projekt und seine Aktionen wurde u.a. in der lokalen Presse berichtet. Es wurden Einladungen zu Veranstaltungen geteilt und öffentlich ausgehängen, in verschiedenen Institutionen (Altenheim, Gesundheitszentrum, etc.) geworben und Projekte in das Programm der VHS aufgenommen.
- ::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Nutzung von sozialen Medien ausbauen

- ::: Die Nutzung von sozialen Medien durch Organisationen kann einen enormen Informationsvorteil bewirken. Zum einen können die Informationen einfacher und zielgruppen- bzw. zweckgerichtet gestreut werden, wodurch sich eine größere Reichweite gewinnen lässt. Dies kann u.a. bei der Bewerbung von Angeboten und Veranstaltungen, aber auch eigenen Bedarfen von großem Vorteil sein. Zum anderen können die Bedürfnisse und Interessen der Anwohner*innen besser ermittelt und ehrenamtliches sowie nachbarschaftliches Engagement gefördert werden, da soziale Medien niedrighschwellige und einfache Mitteilungs- und Partizipationsmöglichkeiten bieten.
- ::: Soziale Medien bergen darüber hinaus das Potential, junge Zielgruppen anzusprechen und besser einzubinden.
- ::: Hierzu kann auf Dienstleister wie NebenAn.de, Facebook, WhatsApp-Kanäle, Instagram, Twitter oder andere Nachbarschaftsplattformen zurückgegriffen werden.
- ::: Zusätzlich könnte in Kooperation mit anderen Organisationen eine Stadtteil- oder Bürgerhaus-App erstellt werden, die für alle Anwohner*innen auf das Smartphone herunterladbar ist.

Praxisbeispiel: Öffentliche Facebook-Gruppe NETT-WERK

::: Die Facebook-Gruppe „NETT-WERK“ wird von vielen Wuppertaler Bürger*innen genutzt. Dort werden Tipps ausgetauscht, Fragen beantwortet und es wird rege kommuniziert. Als 2019 durch einen Erdbeben mehrere Personen ihren Wohnraum verloren, sammelten die Mitglieder der Facebook-Gruppe beispielsweise Spenden in Form von Einrichtungsgegenständen für die Betroffenen.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Wohlfahrt

Effiziente Kommunikation zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen stärken

::: Diese Maßnahme zielt auf eine verbesserte Kommunikation und Kooperation zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen und damit auf die Schaffung sozialen Vertrauens, geteilter Werte, Normen und Ziele sowie einer stärkeren Vernetzung beider Akteursgruppen ab.

::: Notwendig erscheint die Maßnahme, da strukturelle Hemmnisse in Organisationen nicht selten dazu führen, dass Ehrenamtliche über fehlende Anerkennung und Unterstützung klagen und sich den Respekt als gleichwertig Mitarbeitende im jeweiligen Unterstützungsbereich wünschen. Durch respektvolle und effiziente Kommunikation kann vermieden werden, dass Ehrenamtliche Behörden aufgrund schlechter Erfahrung in der Kooperation mit ihnen ablehnen.

Praxisbeispiel: Kooperation von Haupt- und Ehrenamtlichen in der Arbeit mit Geflüchteten (INBAS Sozialforschung)

::: Für den Bereich der Kommunikation von haupt- und ehrenamtlich Engagierten in der Flüchtlingshilfe wurde, gefördert durch das Bundesministerium des Innern für Bau und Heimat, eine Bestandsaufnahme von Handlungsempfehlungen erstellt.

::: [Hier geht es zu den Handlungsempfehlungen](#)

Nachbarschaftshilfe

Alternative Fördermittelakquise betreiben

::: Die Fördermittelakquise ist nicht nur für die Zahlung von Personal-, Unterhaltungs- und Verwaltungskosten wichtig, sondern dient u.a. auch der Finanzierung und dem Ausbau von Angeboten und Tätigkeitsbereichen.

::: Dabei kann eine Diversifizierung der Einnahmequellen von Vorteil sein, um einerseits finanziell breiter und besser aufgestellt und andererseits unabhängiger von einzelnen Finanzierungsquellen zu sein.

::: Beispiele für die Fördermittelakquise können Fundraising, Stiftungen oder die Einrichtung eines Bürgerbudgets sein.

Die Kommunikation und Kooperation zwischen Spontanhelfenden/ Spontanhilfegruppen und Bevölkerungsschutzorganisationen verbessern

- ::: Die personellen, materiellen und zeitlichen Ressourcen der deutschen Bevölkerungsschutzorganisationen sind begrenzt. Dies gilt besonders, wenn die Organisationen selbst von Schadensereignissen betroffen sind, zum Beispiel, wenn bei einer Pandemie ein Teil der eigenen Einsatzkräfte erkrankt oder die Einsatzkräfte erkrankte Angehörige oder Kinder aufgrund von Schulschließungen zu Hause betreuen müssen. Gleichzeitig treten während Schadensereignissen immer mehr Spontanhelfende an Bevölkerungsschutzorganisationen heran, bieten ihre Hilfe an oder vernetzen sich über soziale Medien und suchen sich eigene Einsatzstellen. Diese Spontanhelfenden verbindet, dass sie unentgeltlich, spontan und ereignisbezogen unterstützen wollen, keine formale Zugehörigkeit zu einer Hilfeleistungsorganisation besitzen und keine spezifische Katastrophenschutz-Ausbildung durchlaufen oder Zugangsbeschränkungen für ihr Hilfeleisten passiert haben. In der Kommunikation und Kooperation mit solchen Spontanhelfenden stellen sich den Bevölkerungsschutzorganisationen daher zahlreiche rechtliche, organisatorische, technische und soziale Fragen. In vielen Fällen wünschen sich Einsatzkräfte Handlungsleitfäden zum Umgang und zum Einsatz mit Spontanhelfenden.
- ::: Antworten auf viele dieser Fragen und passende Handbücher wurden in einigen vergangenen Forschungsprojekten entwickelt. Es wird empfohlen, diese zu Rate zu ziehen und den Umgang mit Spontanhelfenden schon vor einem Schadensereignis zu thematisieren. Dies kann beispielsweise durch Schulungen zur Kommunikation und Kooperation mit Spontanhelfenden für Einsatz- oder Führungskräfte von Organisationen erfolgen. Außerdem ist es hilfreich, außerhalb von Krisenlagen auf lokaler Ebene Kontakt zu Mittlerorganisationen aufzunehmen.

Praxisbeispiel: Team Westfalen

- ::: Aufgrund des erhöhten Zuwachses von Geflüchteten und dem gleichzeitig anwachsenden Hilfeangebot der Bevölkerung rief der Landesverband Westfalen-Lippe des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) im August 2015 das sogenannte „Team Westfalen“ ins Leben. Hierzu wurden in den verschiedenen Ortsverbänden des DRK Landesverbandes Ehrenamtskoordinator*innen eingesetzt. Außerdem wurden für ungebundene Helfer*innen Formulare aufgesetzt, über die sie sich vorab im Team Westfalen registrieren können. Es werden einige Grunddaten, wie der Name, das Alter, der Wohnort, der Beruf, die Sprachkenntnisse und das gewünschte Einsatzfeld abgefragt. Mit der Registrierung für das Team Westfalen erklären sich Unterzeichnende einverstanden, im Falle einer Schadenslage durch das Rote Kreuz Westfalen kontaktiert werden zu dürfen. Auf diese Weise soll ein koordinierterer Einsatz der Hilfewilligen erreicht werden.

- ::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Praxisbeispiel: REBEKA

- ::: „Resilienz von Einsatzkräften bei eigener Betroffenheit“ (REBEKA): Zur Steigerung der Resilienz von Einsatzkräften bei eigener Betroffenheit in Schadenslagen und zur Schulung von Einsatz- und Führungskräften im Umgang mit Spontanhelfenden wurde im Rahmen des REBEKA-Projekts ein Schulungshandbuch für Einsatzkräfte und ein Tätigkeitskatalog für Spontanhelfende entwickelt. Diese können zu einer besseren Kommunikation und Kooperation zwischen Spontanhelfenden und Katastrophenschutzorganisationen beitragen.

Praxisbeispiel: REBEKA

::: Hier geht es zum Praxisbeispiel

Praxisbeispiel: KOKOS

::: Im Rahmen des Forschungsprojekts „Kooperation mit Freiwilligen in komplexen Einsatzlagen“ (KOKOS) wurden unter anderem ein Handlungsleitfaden für die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) und Mittlerorganisationen entwickelt sowie eine Ad-hoc-Schulung für Mittlerorganisationen und ihre Mitglieder angefertigt. Hier wird also eine Verbesserung der Kooperation über Mittlerorganisationen vorgeschlagen.

::: Hier geht es zum Praxisbeispiel

Die Ehrenamtsförderung ist eine wichtige Dimension von Partizipation. Ein Gemeinwesen mit einem hohen Anteil ehrenamtlich Engagierter weist einen hohen Partizipationsgrad auf, der im Allgemeinen ein Indiz für sozialen Zusammenhalt darstellt. Im Katastrophenschutz, in der Nachbarschaftshilfe und in der Wohlfahrt ist er ein Grundpfeiler der Arbeit.

Die Förderung von Ehrenämtern betrifft nicht nur quantitativ eine Werbung um möglichst viele neue ehrenamtlich Arbeitende, sondern zielt auch darauf ab, die Bedingungen für ehrenamtliches Engagement zu verbessern.

Umgekehrt bedeutet das auch, Ehrenämter besser nutzbar zu machen und Potentiale voll auszuschöpfen. Dies betrifft nicht nur das institutionalisierte Ehrenamt, sondern auch verborgene Formen des Ehrenamtes, wie das Engagement von spontan und organisationsungebundenen Helfenden. Neue Formen des Engagements sind oft flexibel, projekt- und anlassbezogen. Auch sie sollten eingebunden werden.

Katastrophenschutz, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Flexible Ehrenamtsstrukturen schaffen

::: Viele Institutionen und Organisationen verzeichnen einen stetigen Mitgliederrückgang. Dabei werden gesellschaftliche Bedarfe, Probleme und Herausforderungen in aller Regel nicht weniger und nehmen häufig sogar zu. So steigen auch die Anforderungen an Organisationen und ihre Tätigkeits- sowie Aufgabenbereiche.

Flexible Ehrenamtsstrukturen schaffen

- ::: Die Unterstützung von hauptberuflich und ehrenamtlich Arbeitenden ist deshalb von zentraler Wichtigkeit. Vielen Menschen, die grundsätzlich bereit sind, sich ehrenamtlich zu engagieren, ist es jedoch aufgrund ihrer persönlichen Lebensumstände und den etablierten, oftmals unflexiblen Ehrenamtsstrukturen nur schwer möglich, ehrenamtlich aktiv zu werden.
- ::: Es wird deshalb empfohlen, dass Organisationen ihr Ehrenamtsangebot niedrigschwellig und flexibel gestalten. Unterstützungsbereiten Menschen sollte die Möglichkeit gegeben werden, sich entsprechend ihrer Kompetenzen und Fähigkeiten und angepasst an ihr Zeitmanagement zu engagieren. Es empfiehlt sich darüber hinaus eine Zentralisierung des Ehrenamtsangebots (siehe S. 44).

Praxisbeispiel: Freiwilligenzentren

- ::: Eine Vermittlung von ehrenamtlichen Tätigkeiten erfolgt über sogenannte Freiwilligenzentren. Über diese bieten Organisationen offene Tätigkeiten an und Bürgerinnen und Bürger können nach dem für sie passenden Engagement suchen. Die Vermittlung beinhaltet dabei eine ausführliche Beratung für beide Seiten.
- ::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Nach kommunaler Ehrenamtsstrategie handeln

- ::: Diese Maßnahme zielt primär auf eine höhere gesellschaftliche Partizipation der Bürgerschaft ab, indem freiwilliges Engagement durch eine integrative und ganzheitliche Ehrenamtsstrategie der Kommune gestärkt wird.
- ::: Es wird empfohlen, dass Kommunalverwaltungen für die Ehrenamtskoordination eine konkrete Ansprechperson etablieren. Bestandteile der Strategie und Koordinationsaufgaben könnten sein: Öffentlichkeitsarbeit durch die Kommune an Thementagen wie dem Tag des Katastrophenschutzes – inklusive der Vermittlung von Wertschätzung für freiwilliges Engagement –, Unterstützung beim Tag der offenen Tür oder anderen Veranstaltungen, die auch Nicht-Mitgliedern offen stehen, Qualifizierung von Ehrenamtlichen durch das Bewerben vorhandener Weiterbildungsangebote oder das Erstellen einer Datenbank zu Ehrenamtsstellen und -optionen.
- ::: Denkbar ist es auch, ein Ehrenamtsmonitoring durch regelmäßige Bürger*innenbefragungen in der Kommune sicherzustellen.

Praxisbeispiel: Essen.engagiert

- ::: Unter dem Slogan „Essen.engagiert“ wird in der Stadt Essen ein strategisches Gesamtkonzept zur Förderung einer lebendigen Dialog-, Beteiligungs- und Engagementkultur umgesetzt. In mehreren Handlungsbereichen sollen Anerkennung und Wertschätzung für bürgerschaftliches Engagement gestärkt werden.

Praxisbeispiel: Essen.engagiert

::: Bestandteile der Ehrenamtsstrategie sind die Beratung und Unterstützung von Menschen und Organisationen, die ehrenamtlich neue Projekte entwickeln. Des Weiteren werden Kooperationen mit Akteur*innen der Stadtgesellschaft, wie z.B. der „Ehrenamt Agentur Essen“ und die Zusammenarbeit in Netzwerken, wie dem interkommunalen Netzwerk „engagiert in NRW“, gefördert. Darüber hinaus regt Essen.engagiert einen Austausch von Best Practices an, fördert Bürger*innenbeteiligung über den gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen hinaus, unternimmt trägerübergreifende Öffentlichkeitsarbeit und informiert über die Engagementlandschaft in Essen.

::: Hier geht es zum Praxisbeispiel

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Städtische oder stadtteilbezogene Ehrenamtskoordination verbessern

::: Die Bewältigung von Krisen, Katastrophen und sozialen Umbrüchen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der bereits zahlreiche Organisationen und engagierte Bürger*innen arbeiten. Den Überblick über das Engagement in der Stadt/ im Stadtteil zu behalten, fällt dabei nicht leicht. Es wird deshalb empfohlen, alle Fäden in einer Koordinierungsstelle zusammenlaufen zu lassen.

::: Die Koordinierungsstelle stellt Informationen bereit und bietet Vermittlungs- und Verweisberatung an. Auf diese Weise können sich Bewohner*innen leichter engagieren und Organisationen miteinander kooperieren.

Praxisbeispiel: Die FreiwilligenAgentur Münster

::: Die Kommunalen Stiftungen in Münster fördern aktiv das ehrenamtliche Engagement, damit Stiftungszwecke wirkungsvoll umgesetzt werden können. Die Geschäftsstelle der Kommunalen Stiftungen setzt sich mit ihrer FreiwilligenAgentur und in Projekten für ein stärkeres Ehrenamt in Münster ein.

::: Eine hauptamtliche kommunale Stelle könnte hier mit personellen Mitteln und Ressourcen privaten Trägern aushelfen oder anderenfalls die Lücke füllen.

::: Hier geht es zum Praxisbeispiel

Praxisbeispiel: Kommunen-Netzwerk engagiert in NRW

::: Das Kommunen-Netzwerk „engagiert in NRW“ hat aus vergangenen Netzwerktreffen Handlungsempfehlungen erarbeitet. Sie richten sich an lokale Verantwortliche, die Mittler-, Koordinations- und Moderationsfunktionen mit der Politik, innerhalb der eigenen Verwaltung, mit der Zivilgesellschaft und mit der Wirtschaft innehaben.

::: Hier geht es zu den Empfehlungen

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Wohlfahrt

Angebote und ehrenamtliche Möglichkeiten zentralisieren

- ::: Diese Maßnahme sieht die Etablierung einer Plattform vor, auf der alle (sozialen) Angebote in einer Stadt/einem Stadtteil themen- und zielgruppenspezifisch gelistet und mit Informationen hinterlegt sind.
- ::: Die Maßnahme hilft sowohl den Bürger*innen als auch den Organisationen dabei, sich einen besseren Überblick über die Angebote und Aktivitäten in ihrer Stadt/ ihrem Stadtteil zu verschaffen.
- ::: Motivierten Bürger*innen wird es auf diese Weise erleichtert, sich zu engagieren oder am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Praxisbeispiel: Nachbarschaftshilfe Corona Wuppertal

- ::: Die Stabsstelle Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement der Stadt Wuppertal hat während der Corona-Krise eine Website eingerichtet, auf der sich Helfende und Hilfesuchende über soziale Hilfsangebote informieren können.
- ::: Die Angebote sind zentral auf der Webseite der Stadt Wuppertal gelistet und nach Stadtteil und Zielgruppe sortiert.
- ::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Praxisbeispiel: Engagement-Datenbank der FreiwilligenAgentur Münster

- ::: Auch die FreiwilligenAgentur Münster bietet eine Engagement-Datenbank, in der motivierte Freiwillige nach dem für sie passenden Engagement suchen können. Man kann nach Postleitzahl, Zielgruppe, Handlungsfeld und nach gezielten Suchbegriffen filtern.
- ::: Für Engagement im Zusammenhang mit dem COVID-19/SARS-CoV-2-Ausbruch gibt es zudem einen aktuellen Reiter, in dem neben Möglichkeiten zum Engagement auch spezielle Tipps und Hinweise zu verantwortungsvollem Helfen und Versicherungsschutz gegeben wird.
- ::: [Hier geht es zur Datenbank](#)
- ::: [Hier geht es zum Corona-Engagement](#)

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Mitgliederdiversität durch interorganisationale Kooperation erhöhen

- ::: Mit einem Netzwerkaufbau zwischen Organisationen lässt sich Diversität organisationaler Ehrenamtlicher erhöhen und so auch das soziale Vertrauen stärken.
- ::: Es wird empfohlen, Kooperationen mit verschiedenen Interessens- und Selbsthilfeorganisationen wie Vereinen zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen einzugehen.

Mitgliederdiversität durch interorganisationale Kooperation erhöhen

::: Diese Gruppen können ihren Mitgliedern die Möglichkeit und die Vorteile davon vorstellen, sich in etablierten Ehrenamtsorganisationen zu engagieren. Sie können auch den Organisationen die Möglichkeit einräumen, sich selbst zu präsentieren. So können Ehrenamtliche bisher unterrepräsentierter Gruppen gewonnen werden.

Praxisbeispiel: Migrantenselbstorganisationen (MSO)

::: Migrantenselbstorganisationen fördern unter anderem das ehrenamtliche Engagement ihrer Mitglieder und eignen sich als Kooperationspartner, um die Diversität in den Ehrenamtsstrukturen zu verbessern.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Vorteile des Engagements gezielt hervorheben

::: Bestimmte Bevölkerungsgruppen sind in Ehrenamtsorganisationen sehr wenig vertreten. Ein Beispiel hierfür ist die Unterrepräsentation von Migrant*innen in Katastrophenschutzorganisationen. Durch eine verstärkte Werbung von Migrant*innen für die Arbeit in Organisationen des Katastrophenschutzes können Synergieeffekte erzeugt werden. Migrant*innen können durch ehrenamtliches Engagement ihre Netzwerke ausbauen, Sprachkenntnisse verbessern und durch Ausbildungen im medizinischen, technischen, Verwaltungs- oder sozialen Bereich ihre Kompetenzen erweitern.

::: Zum Teil erhöht dies ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt deutlich. Gleichzeitig bereichern die neuen Helfer*innen die Ehrenamtsorganisationen mit ihren Fähigkeiten, Kenntnissen und Erfahrungen.

::: Eine Diversifizierung des Ehrenamtes bietet nicht nur die Chance, neue Mitglieder zu gewinnen, sondern gleichzeitig eine Bereicherung durch neue Fähigkeiten und Kompetenzen. Es können neue Netzwerke entstehen, soziales Vertrauen aufgebaut und Partizipation gestärkt werden. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, das jeweilige organisationale Ehrenamt auch für unterrepräsentierte Gruppen attraktiv zu gestalten und diese Gruppen gezielt anzusprechen. Hiervon profitieren nicht nur die Organisationen, sondern genauso die neuen Mitglieder, die durch ein Engagement beispielsweise ihre Netzwerke und Soft Skills fördern können.

Praxisbeispiel: PROTECT – Lernen und Helfen im Ehrenamt

::: Das Projekt „PROTECT – Lernen und Helfen im Ehrenamt“ gehört in Berlin mittlerweile zum Regelangebot. Es bietet das Potenzial, Wissen, Erfahrungen, Sprachkenntnisse, Soft Skills und soziale Kontakte von Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund zu stärken und ihnen Integration und unter Umständen den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Andererseits zielt es darauf ab, die Zahl der Helfenden bei fortschreitendem demographischen Wandel, gewachsenen Flexibilitätsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt und sich verändernden Engagementmotivationen stabil zu halten. Zu diesem Zweck werden im Rahmen des Projekts ehrenamtliche Lots*innen ausgebildet, welche im Namen einer Bevölkerungsschutzorganisation auf lokale Vereine und Organisationen zugehen und für ein Engagement im Bevölkerungsschutz werben.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Die Kommunikation und Kooperation zwischen Spontanhelfenden/ Spontanhilfegruppen und Bevölkerungsschutzorganisationen verbessern

- ::: Die personellen, materiellen und zeitlichen Ressourcen der deutschen Bevölkerungsschutzorganisationen sind begrenzt. Dies gilt besonders, wenn die Organisationen selbst von Schadensereignissen betroffen sind, zum Beispiel, wenn bei einer Pandemie ein Teil der eigenen Einsatzkräfte erkrankt oder die Einsatzkräfte erkrankte Angehörige oder Kinder aufgrund von Schulschließungen zu Hause betreuen müssen. Gleichzeitig treten während Schadensereignissen immer mehr Spontanhelfende an Bevölkerungsschutzorganisationen heran, bieten ihre Hilfe an oder vernetzen sich über soziale Medien und suchen sich eigene Einsatzstellen. Diese Spontanhelfenden verbindet, dass sie unentgeltlich, spontan und ereignisbezogen unterstützen wollen, keine formale Zugehörigkeit zu einer Hilfeleistungsorganisation besitzen und keine spezifische Katastrophenschutz-Ausbildung durchlaufen oder Zugangsbeschränkungen für ihr Hilfeleisten passiert haben. In der Kommunikation und Kooperation mit solchen Spontanhelfenden stellen sich den Bevölkerungsschutzorganisationen daher zahlreiche rechtliche, organisatorische, technische und soziale Fragen. In vielen Fällen wünschen sich Einsatzkräfte Handlungsleitfäden zum Umgang und zum Einsatz mit Spontanhelfenden.
- ::: Antworten auf viele dieser Fragen und passende Handbücher wurden in einigen vergangenen Forschungsprojekten entwickelt. Es wird empfohlen, diese zu Rate zu ziehen und den Umgang mit Spontanhelfenden schon vor einem Schadensereignis zu thematisieren. Dies kann beispielsweise durch Schulungen zur Kommunikation und Kooperation mit Spontanhelfenden für Einsatz- oder Führungskräfte von Organisationen erfolgen. Außerdem ist es hilfreich, außerhalb von Krisenlagen auf lokaler Ebene Kontakt zu Mittlerorganisationen aufzunehmen.

Praxisbeispiel: Team Westfalen

- ::: Aufgrund des erhöhten Zuwachses von Geflüchteten und dem gleichzeitig anwachsenden Hilfeangebot der Bevölkerung rief der Landesverband Westfalen-Lippe des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) im August 2015 das sogenannte „Team Westfalen“ ins Leben. Hierzu wurden in den verschiedenen Ortsverbänden des DRK Landesverbandes Ehrenamtskoordinator*innen eingesetzt. Außerdem wurden für ungebundene Helfer*innen Formulare aufgesetzt, über die sie sich vorab im Team Westfalen registrieren können. Es werden einige Grunddaten, wie der Name, das Alter, der Wohnort, der Beruf, die Sprachkenntnisse und das gewünschte Einsatzfeld abgefragt. Mit der Registrierung für das Team Westfalen erklären sich Unterzeichnende einverstanden, im Falle einer Schadenslage durch das Rote Kreuz Westfalen kontaktiert werden zu dürfen. Auf diese Weise soll ein koordinierterer Einsatz der Hilfewilligen erreicht werden.

- ::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Praxisbeispiel: REBEKA

- ::: „Resilienz von Einsatzkräften bei eigener Betroffenheit“ (REBEKA): Zur Steigerung der Resilienz von Einsatzkräften bei eigener Betroffenheit in Schadenslagen und zur Schulung von Einsatz- und Führungskräften im Umgang mit Spontanhelfenden wurde im Rahmen des REBEKA-Projekts ein Schulungshandbuch für Einsatzkräfte und ein Tätigkeitskatalog für Spontanhelfende entwickelt. Diese können zu einer besseren Kommunikation und Kooperation zwischen Spontanhelfenden und Katastrophenschutzorganisationen beitragen.

4) Ehrenamtsförderung

Praxisbeispiel: REBEKA

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Praxisbeispiel: KOKOS

::: Im Rahmen des Forschungsprojekts „Kooperation mit Freiwilligen in komplexen Einsatzlagen“ (KOKOS) wurden unter anderem ein Handlungsleitfaden für die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) und Mittlerorganisationen entwickelt sowie eine Ad-hoc-Schulung für Mittlerorganisationen und ihre Mitglieder angefertigt. Hier wird also eine Verbesserung der Kooperation über Mittlerorganisationen vorgeschlagen.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

5) Offene und niedrigschwellige Angebote

Für Organisationen ist es wichtig, ihre Angebote offen und niedrigschwellig zu gestalten und dadurch möglichst viele Menschen mit einzubeziehen. Dazu gehört auch, die Angebote an den vorliegenden Bedarfen einer Nachbarschaft auszurichten. Angebote sollten nicht unabhängig von einer Gemeinschaft entwickelt werden, sondern als Reaktion auf Bedürfnisse und Interessen entstehen.

Als Organisation Präsenz zu zeigen und sich als Anlaufstelle zu etablieren ist dabei ebenso wichtig, wie die Angebote vor Ort sichtbar zu machen und Möglichkeiten für Anknüpfungspunkte zu schaffen.

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Teilhabestrukturen in der Nachbarschaft fördern

- ::: Ein Ausbau der Teilhabestrukturen in der Nachbarschaft ermöglicht es, die Interessen und Bedarfe der Bürger*innen schneller zu erkennen, zu artikulieren und zu verwirklichen.
- ::: Die aktive Einbindung der Bewohner*innen in gesellschaftliches Leben und in nachbarschaftliche Entwicklungsprozesse führt einerseits zur Entlastung von Organisationen und andererseits zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts, indem soziale Netzwerke, soziales Vertrauen, gemeinsame Werte und Normen sowie reziproke Verhaltensweisen zutage gefördert werden.
- ::: Teilhabe kann u.a. durch die Initiierung, Unterstützung und Begleitung von Initiativen, Projekten, Vereinen und anderen Bündnissen gefördert werden.

5) Offene und niedrigschwellige Angebote

Praxisbeispiel: Deutsches Institut für Community Organizing (DICO)

::: Das Deutsche Institut für Community Organizing (DICO) ist ein Kompetenzzentrum für den Aufbau und die Begleitung von Bürger*innenplattformen in Deutschland. Es unterstützt die Etablierung von Plattformen, die sich auf breiter gesellschaftlicher Basis in langfristigen Zusammenschlüssen von möglichst vielen und möglichst diversen Gruppen konstruktiv für von ihnen selbst identifizierte Anliegen einsetzen und mit Entscheidungsträgern auf Augenhöhe mögliche Lösungen verhandeln. Ziel ist es, die Zivilgesellschaft maßgeblich in langfristige Entwicklungs-, Veränderungs- und Verbesserungsprozesse einzubinden.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Die Gründung von Selbsthilfe- und Nachbarschaftsgruppen unterstützen

::: Durch die Unterstützung von Anwohner*innen bei der Gründung von Nachbarschaftsgruppen wird zivilgesellschaftliches Engagement gefördert und es werden neue Partizipationsmöglichkeiten geschaffen.

::: Die Unterstützung der Gründung von Nachbarschaftsgruppen entlastet Organisationen auf Dauer.

::: Langfristige Zusammenarbeit mit lokalen Selbstvertretungsorganisationen stärkt die Selbsthilfefähigkeit und Netzwerkbildung der Bevölkerung. Erfolge kann dies durch gezielten, regelmäßigen Austausch mit Selbstvertretungsorganisation zum besseren Verständnis ihrer Arbeit und dadurch, dass Schnittmengen und gemeinsame Ziele herausgearbeitet werden.

::: Diese Maßnahme ist breit gefächert und kann beispielsweise eine fachliche Beratung oder die Bereitstellung von Fachwissen und von finanziellen und materiellen Ressourcen sein.

Praxisbeispiel: Community Organizing Lüneburg

::: Die Diakonie in Lüneburg unterstützt Geflüchtete bei dem Aufbau und der Selbstorganisation eines zweckgebundenen Netzwerkes. Dadurch sollen die Problemlagen der Geflüchteten ermittelt und besprochen werden, um im Anschluss adäquate Lösungen zu finden. Dies geschieht nach dem Vorbild des US-amerikanischen Community Organizing.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

5) Offene und niedrigschwellige Angebote

Praxisbeispiel: Crossroads | Flucht.Migration.Behinderung (Handicap International)

::: Das Projekt „Crossroads | Flucht. Migration. Behinderung“ setzt sich für gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten mit Behinderungen ein. Sie werden geschult, um sich als Referent*innen in Fachgremien für spezifische Bedarfe von Geflüchteten mit Behinderungen einzusetzen. Handicap International veranstaltet zudem in Kooperation mit lokalen Partnern und gemeinsam mit Geflüchteten mit Behinderungen Workshops, in denen sie Projekte zur Stärkung der Selbstbestimmung und Mitwirkung auf Bundesebene zu entwickeln.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Offene Beteiligungsverfahren und Anlaufstellen etablieren

::: Offene Beteiligungsverfahren und Anlaufstellen stärken in erster Linie Formen gesellschaftlicher Partizipation und auf diese Weise auch die Identifikation mit dem eigenen Wohngebiet sowie das soziale Vertrauen in der Nachbarschaft und einen gemeinsamen Werte- und Normenkanon.

::: Es wird empfohlen, Beteiligungsverfahren und Anlaufstellen möglichst weitreichend und transparent bekannt zu machen sowie offen und niedrigschwellig zu gestalten.

::: Über offene Beteiligungsverfahren und Anlaufstellen können einerseits die kollektive Selbsthilfefähigkeit der Bürger*innen und zivilgesellschaftliche Kooperationsstrukturen gefördert werden und andererseits können Organisationen im Austausch und in Kooperation mit der Zivilbevölkerung effizienter auf Interessen, Bedarfe und Probleme der Bürger*innen reagieren.

Praxisbeispiel: Offene Bürgerbeteiligung in Stuttgart

::: Im Rahmen der „offenen Bürgerbeteiligung“ Stuttgart wurden vier Arbeitskreise für Erwachsene und Jugendliche gebildet. In den Arbeitskreisen „Gemeinschaftliches Miteinander“, „Infrastruktur“, „Soziale und kulturelle Einrichtungen“ sowie „Wohnen und Wohnumfeld“ diskutieren Bürger*innen gemeinsam städtische Problemlagen und -lösungen.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Offene und niedrigschwellige Begegnungsräume und -möglichkeiten schaffen

::: (Öffentliche) Begegnungsräume haben einen hohen Stellenwert für die Stärkung sozialen Zusammenhalts. Es wird empfohlen, dass Organisationen – auch in Kooperation – zahlreiche offene und niedrigschwellige Orte der Begegnung schaffen.

5) Offene und niedrigschwellige Angebote

Offene und niedrigschwellige Begegnungsräume und -möglichkeiten schaffen

- ::: Das können physische Räume, aber auch öffentliche oder digitale Räume sein. Dabei ist es wichtig, dass einer breiten Zielgruppe ausreichend Anlässe und Gelegenheiten geboten werden, die Begegnungsräume und -möglichkeiten zu nutzen.
- ::: Gesellschaftliche Teilhabe baut das soziale Vertrauen in der Nachbarschaft auf und zwischenmenschliche Hürden sowie Vorurteile gegenüber anderen ab. Darüber hinaus können langfristig soziale Netzwerke und Kooperationsstrukturen etabliert werden.
- ::: Begegnungsräume und -gelegenheiten können auf zahlreiche Weise organisiert werden, zum Beispiel in Form von Straßenfesten, Feiern, gemeinsamen Kursen, sozialen Treffpunkten, Grünflächen, Nachbarschaftshäusern, Cafés, Spielhäusern, Sprachcafés, Bewohnertreffs, Werkstätten, Kleidertauschbörsen, Nähtreffs, Märkten, Frühstücksangeboten oder Straßenzügen.

Praxisbeispiel: BOB Campus in Wuppertal Oberbarmen

- ::: Der BOB Campus in einer ehemaligen Textilfabrik in Wuppertal Oberbarmen verfügt über eine Kita, Schulräume, Gewerbe- und Gemeinschaftsflächen, Wohnungen und einen Nachbarschaftspark. Mit der baulichen Entwicklung des BOB Campus sind soziale Ziele verknüpft: die Stärkung des sozialen Zusammenhalts der Nachbarschaft, die wirtschaftliche Stabilisierung und Entstehung neuer Arbeits- und Bildungsqualitäten.
- ::: Auf einer 1000 m² großen Fläche werden Räume für Sport- und Bewegung, gemeinnützige und nachbarschaftliche Aktivitäten sowie eine „Viertelsküche“ bereitgestellt. Auf diese Weise sollen Mieter*innen, Initiativen aus dem Haus und Stadtteil sowie

andere interessierte Menschen durch die gemeinsame Nutzung miteinander in Kontakt und Austausch kommen.

- ::: Der BOB Campus bietet darüber hinaus verschiedene Angebote, Projekte und Workshops an, die einer möglichst breiten Zielgruppe offenstehen.
- ::: Hier geht es zum Praxisbeispiel

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Niedrigschwellige Kontaktaufnahme ermöglichen

- ::: Um möglichst viele Menschen und unterschiedliche Bevölkerungsgruppen zu erreichen, müssen Organisationen niedrigschwellige Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme etablieren.
- ::: Dabei müssen kulturelle, sprachliche, räumliche, technische und finanzielle Hürden abgebaut werden.
- ::: Niedrigschwellige Kontaktaufnahme kann zum Beispiel durch die Zentralisierung von Angeboten und ehrenamtlichen Möglichkeiten (siehe S. 44), aufsuchende und mobile Arbeit (s. nächste Maßnahme), digitale Angebote in sozialen Medien (siehe S. 33), Nutzung des öffentlichen Raums (s.o.), mehrsprachiges und interkulturelles Programm und die Einbindung von Schlüsselpersonen geschehen.

5) Offene und niedrigschwellige Angebote

Praxisbeispiel: Zentrum für gute Taten e.V. in Wuppertal

::: Die Freiwilligenagentur „Zentrum für gute Taten e. V.“ in Wuppertal hat auf ihrer Webseite eine interaktive Karte mit allen verfügbaren ehrenamtlichen Stellen in der Nähe eingerichtet. Dies bietet allen interessierten Bürger*innen die Möglichkeit, sich (niedrigschwellig) ein umfassendes Bild über ehrenamtliche Tätigkeiten zu verschaffen, um sich ggf. selbst zu engagieren.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Aufsuchende und mobile Arbeit ausbauen

::: Es wird empfohlen, dass Organisationen ihre Tätigkeitsbereiche und Angebote entlang der Bedarfe, Interessen und Probleme einer möglichst breiten Bewohnerschaft ausrichten. Um lebensweltorientiert arbeiten zu können, müssen Organisationen auch Bevölkerungsgruppen einbeziehen, die normalerweise nur schwer zu erreichen sind.

::: Aufsuchende und mobile Arbeit erleichtert den Zugang zu schwer erreichbaren Bevölkerungsgruppen und stellt integrative Weichen.

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Themen, die Bewohner*innen beschäftigen, aufgreifen

::: Moderne Gesellschaften befinden sich in stetigem Wandel. Damit einhergehend verändern sich die Probleme, mit denen sich Bürger*innen konfrontiert sehen, aber auch ihre Bedarfe und Interessen. Organisationen sollten diese Veränderungen im Blick behalten und sich darauf einstellen können, indem sie kontinuierlich Bezug zu den Themen nehmen, die Bewohner*innen beschäftigen.

::: Es wird empfohlen, die organisationale Angebotsstruktur stetig an die Bedürfnisse der Bewohner*innen anzupassen und gegebenenfalls zu verändern.

::: Für die Ermittlung der Themen, die Bewohner*innen beschäftigen, sind niedrigschwellige Anlaufstellen und Dialogforen eine zentrale Voraussetzung (s.o.).

Praxisbeispiel: Lotsenpunkt St. Antonius Wuppertal

::: Der Lotsenpunkt St. Antonius in Wuppertal hat zusammen mit vielen anderen Organisationen anlässlich der SARS-CoV-2-Pandemie seine Angebotsstruktur angepasst.

::: Dort werden nun u.a. Einkäufe, Postgänge, Abholdienste in der Apotheke sowie Kinder- und Haustierbetreuung angeboten. Zudem wurde von der Gemeinde ein Hilfetelefon eingerichtet.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

5) Offene und niedrigschwellige Angebote

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Identifikation mit dem eigenen Quartier stärken

- ::: Die Identifikation mit dem eigenen Quartier führt oft zu einer stärkeren Einbindung und Partizipation am gesellschaftlichen Leben.
- ::: Des Weiteren führt die Identifikation mit dem eigenen Quartier in der Regel zu einem umfangreicheren Auf- und Ausbau nachbarschaftlicher Netzwerke und somit zu sozialem Vertrauen, gemeinsamen Werten und Normen und reziproken Einstellungen in der Nachbarschaft.
- ::: Organisationen können die Identifikation der Bürger*innen mit ihrem Wohngebiet insbesondere durch die aktive Einbindung der Bewohner*innen in Veränderungs- und Gestaltungsprozessen im Wohngebiet steigern.

Praxisbeispiel: Zwischennutzung Ebertplatz (Köln)

- ::: Seit 2018 erarbeiten verschiedene Initiativen, Anwohner*innen und Arbeitsgruppen gemeinsam mit der Stadt Köln Projekte, Konzepte und Veranstaltungen, um den Ebertplatz wieder in einen beliebten und vielfältig genutzten öffentlichen Platz zu verwandeln. Den Schwerpunkt bilden (sozio-)kulturelle Angebote, gestalterische Aufwertungen und Begrünung sowie Gastronomie. Der gesamte Prozess lebt dabei von dem Engagement verschiedenster Menschen.
- ::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Praxisbeispiel: KoFabrik (Bochum)

- ::: In der KoFabrik am Imbuschplatz in Bochum können sich Nachbar*innen, Unternehmer*innen und Projektmacher*innen austauschen und an einer gemeinsamen Quartiersentwicklung arbeiten. Das gemeinwohlorientierte Projekt zielt darauf ab, das Quartier lebenswerter zu gestalten und Teilhabe und Chancengleichheit vor Ort zu stärken.
- ::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

6) Abbau von Ungleichheiten

Um die Resilienz in der Gemeinschaft zu steigern ist es wichtig, soziale Ungleichheiten abzubauen, indem beispielsweise marginalisierte Gruppen in die Arbeit eingebunden werden.

Ebenso sollte darauf geachtet werden, dass von Angeboten niemand ausgeschlossen wird und alle Gruppen an ihnen teilhaben können. Hier sollten auch Doppelbenachteiligungen und intersektionale Verschränkungen mitgedacht werden.

Auch Schulungen zum Erkennen von Ungleichheiten und zur Sensibilisierung für Diskriminierungen und Marginalisierungen können auf die Teilhabechancen marginalisierter Gruppen an Entscheidungs- und Planungsprozessen einwirken.

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Selbstwirksamkeit stärken/ Empowerment

::: In Krisen und Katastrophen, aber auch bei der Bewältigung von alltäglichen Problemen im Zuge rapiden gesellschaftlichen Wandels, gelangen Organisationen schnell an ihre Kapazitätsgrenzen. Es ist deshalb besonders wichtig, die kollektive Selbstwirksamkeit und -hilfe zu stärken, bzw. gesellschaftliches Empowerment mit in die Strategieentwicklung aufzunehmen.

::: Das kann auf vielfältige Weise umgesetzt werden, zum Beispiel durch offene Beteiligungsverfahren und Anlaufstellen (siehe S. 54), Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements bzw. Zweckbündnissen (siehe S. 25), Beratungsangeboten sowie der Förderung und Stärkung individueller und kollektiver Potenziale.

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Über Schlüsselpersonen Kontakt herstellen

::: Wenn es um die Förderung von Resilienz in der Nachbarschaft bzw. Gemeinschaft geht, ist es wichtig, marginalisierte Bevölkerungsgruppen mit einzubeziehen, denn sogenannte Randgruppen sind häufig besonders vulnerabel gegenüber Krisen, Katastrophen und sozialen Umbrüchen.

::: Die aktive Einbindung marginalisierter Bevölkerungsgruppen im gesellschaftlichen Leben und in nachbarschaftliche Entwicklungsprozesse stellt jedoch eine besondere Herausforderung dar, da sie oftmals nur schwer zu erreichen sind.

::: Über Schlüsselpersonen, die Zugang zu spezifischen Randgruppen haben, lassen sich marginalisierte Bevölkerungsgruppen besser erreichen und einbinden.

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Kommunikationsmöglichkeiten für nicht-deutschsprachige Personen schaffen

::: Um eine möglichst niedrigschwellige Kontaktaufnahme zu ermöglichen ist es u.a. notwendig, sprachliche Barrieren abzubauen.

::: Interkulturelle Angebote, mehrsprachige Mitarbeiter*innen, eine multilinguale Internetpräsenz sowie Flyer, Broschüren und andere Werbemittel in verschiedenen Sprachen können dazu beitragen, nicht-deutschsprachige Bewohner*innen zu erreichen, langfristig einzubinden und zu integrieren.

6) Abbau von Ungleichheiten

Praxisbeispiel: Planerladen e.V. in Dortmund

::: Der Planerladen e.V. in der Dortmunder Nordstadt begleitet mehrere Projekte mit dem Fokus, die Partizipationsmöglichkeiten von Migrant*innen durch Kultur- und Sprachvermittlung sowie durch Unterstützung bei der Selbstorganisation zu verbessern. Migrant*innen soll durch niedrigschwellige Angebote die Möglichkeit gegeben werden, ihre Interessen erfolgreich zu artikulieren.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Praxisbeispiel: Projekt Stadtteilmütter (Diakonie Düsseldorf)

::: Die Diakonie Düsseldorf fördert die gegenseitige Hilfe unter Migrantinnen im Projekt „Stadtteilmütter“. Die meisten Stadtteilmütter sind selbst zugewandert, kennen sich jedoch gut mit den lokalen Gegebenheiten aus. Sie werden speziell für diese Aufgabe ausgebildet und beraten zu Themen wie Bildung, Sprache, Erziehung und Gesundheit. Außerdem unterstützen sie bei der Orientierung im Stadtteil und bei Gesprächen mit Behörden, Schulen und Institutionen. Die Stadtteilmütter selbst profitieren ebenfalls von diesem Projekt. Sie haben als ausgebildete Stadtteilmütter zum Beispiel bessere Chancen, anschließend eine Arbeit zu finden.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Niedrigschwellige Kontaktaufnahme ermöglichen

::: Um möglichst viele Menschen und unterschiedliche Bevölkerungsgruppen zu erreichen, müssen Organisationen niedrigschwellige Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme etablieren.

::: Dabei müssen kulturelle, sprachliche, räumliche, technische und finanzielle Hürden abgebaut werden.

::: Niedrigschwellige Kontaktaufnahme kann zum Beispiel durch die Zentralisierung von Angeboten und ehrenamtlichen Möglichkeiten (siehe S. 44), aufsuchende und mobile Arbeit (siehe S. 67), digitale Angebote in sozialen Medien (siehe S. 33), Nutzung des öffentlichen Raums (siehe S. 55), mehrsprachiges und interkulturelles Programm und die Einbindung von Schlüsselpersonen geschehen.

Praxisbeispiel: Zentrum für gute Taten e.V. in Wuppertal

::: Die Freiwilligenagentur „Zentrum für gute Taten e. V.“ in Wuppertal hat auf ihrer Webseite eine interaktive Karte mit allen verfügbaren ehrenamtlichen Stellen in der Nähe eingerichtet. Dies bietet allen interessierten Bürger*innen die Möglichkeit, sich (niedrigschwellig) ein umfassendes Bild über ehrenamtliche Tätigkeiten zu verschaffen, um sich ggf. selbst zu engagieren.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

6) Abbau von Ungleichheiten

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Zielgruppenspezifische Förderung und Angebote leisten

::: Um möglichst viele und ein breites Spektrum verschiedener Menschen zu erreichen und einzubinden, sollten Organisationen ein ebenso vielfältiges Programm und Förderangebot bereithalten, das an die Zielgruppe und ihre Bedarfe, Interessen und Probleme ausgerichtet ist.

Praxisbeispiel: Internationales Begegnungszentrum IBZ (Caritasverband Wuppertal/Solingen)

::: Im Internationalen Begegnungszentrum (IBZ) in Wuppertal ist neben den verschiedenen Beratungsdiensten des Fachdienstes für Integration und Migration ein breites interkulturelles Angebot konzentriert.

::: Das IBZ bietet zudem verschiedenen Migrant*innenorganisationen Räumlichkeiten und Unterstützung. Im Mittelpunkt verschiedener Projekte steht die berufliche Orientierung und Qualifizierung für Migrant*innen und Migranten. Das Begegnungszentrum lädt zudem zu kulturellen Veranstaltungen ein und ist Veranstaltungsort für internationale Begegnungen und Fachkonferenzen.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Praxisbeispiel: Wichernhaus gGmbH in Wuppertal

::: Die Wichernhaus gGmbH bietet in Kooperation mit der ARGE Wuppertal und dem Landschaftsverband Rheinland eine Maßnahme zur beruflichen Integration für straffällige, haftentlassene und langzeitarbeitslose Menschen an.

::: Das Wichernhaus widmet sich der Resozialisierung. Wesentliche Bestandteile der Maßnahme sind eine Arbeitsgelegenheit im Möbeldienst sowie die begleitende intensive Betreuung durch eine Sozialarbeiterin. Angestrebt wird eine Resozialisierung und eine Verbesserung der persönlichen Lebenssituation der Teilnehmenden.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Aufsuchende und mobile Arbeit ausbauen

::: Es wird empfohlen, dass Organisationen ihre Tätigkeitsbereiche und Angebote entlang der Bedarfe, Interessen und Probleme einer möglichst breiten Bewohnerschaft ausrichten. Um lebensweltorientiert arbeiten zu können, müssen Organisationen auch Bevölkerungsgruppen einbeziehen, die normalerweise nur schwer zu erreichen sind.

::: Aufsuchende und mobile Arbeit erleichtert den Zugang zu schwer erreichbaren Bevölkerungsgruppen und stellt integrative Weichen.

6) Abbau von Ungleichheiten

Praxisbeispiel: Stadtteil-Service Wuppertal

- ::: Der Stadtteil-Service Wuppertal möchte mit seiner Arbeit die Lebensqualität in den Quartieren verbessern. Die Mitarbeiter*innen des Stadtteil-Service gehen täglich durch die Viertel und sind immer ansprechbar.
- ::: Der Service soll für Bewohner*innen sowie Gewerbetreibende das Leben im Viertel verbessern: den sozialen Zusammenhalt stärken, aber auch das Straßenbild verschönern.
- ::: Die Mitarbeiter*innen sind Langzeitarbeitslose, die zum Beispiel Botengänge für Hilfsbedürftige übernehmen, den Zustand der Spielplätze begutachten, bei Stadtteilstesten helfen. Ihre Kompetenzen erwerben sie in Kursen und Schulungen. Erkennbar sind sie an ihrer einheitlichen Kleidung mit dem Logo des Stadtteil-Service.
- ::: Hier geht es zum Praxisbeispiel

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Reduzierung pluraler Diskriminierung: Intersektionalitäten berücksichtigen

- ::: Zu Geflüchteten und Migrant*innen (mit ausstehender Bleiberechtsentscheidung) zählen auch Menschen mit chronischen Krankheiten oder Behinderungen. Diese können angeboren oder im Heimatland, auf der Flucht oder auch in Deutschland erworben sein und führen zu starken Einschränkungen im Alltag. Wichtig ist, die sich überschneidenden oder verstärkenden Vulnerabilitäten, die ein Flucht- oder Migratonshintergrund in Kombination mit Behinderungen bergen kann, angemessen zu adressieren.

- ::: Durch die Berücksichtigung von Intersektionalitäten und durch die gezielte Förderung von Menschen, die aus mehreren Gründen im Alltag und in krisenhaften Situationen als besonders vulnerabel gelten, kann auch für sie eine Integration gelingen.
- ::: Gruppenspezifische Hindernisse werden abgebaut, indem individuelle und niedrigschwellige lokale Angebote für diese Gruppen geschaffen werden.

Praxisbeispiel: ComIn (Handicap International)

- ::: Das seit 2003 im Raum München bestehende Projekt ComIn zielt darauf ab, die Kapazitäten und Möglichkeiten von Migrant*innen und Geflüchteten mit Behinderungen zu stärken. Hierzu werden unter anderem Deutsch- und Computerkurse für Geflüchtete mit und ohne Behinderungen angeboten. Seit 2001 werden Schul- und Ausbildungsklassen im Hinblick auf Diversität und Behinderung sensibilisiert. Sowohl Fachkräfte als auch Geflüchtete mit Behinderungen werden zu migrations- und behinderungsspezifischen Themen beraten. Eine strukturelle und politische Veränderung in diesem Themenkontext soll durch die Beteiligung an zahlreichen Arbeitskreisen der Stadt München erwirkt werden.
- ::: Hier geht es zum Praxisbeispiel

6) Abbau von Ungleichheiten

Praxisbeispiel: Crossroads | Flucht. Migration. Behinderung (Handicap International)

::: Auch das durch Handicap International (HI) durchgeführte Projekt „Crossroads | Flucht. Migration. Behinderung“ zielt auf die Stärkung der Kapazitäten und Möglichkeiten von Menschen ab, die sich an der Schnittstelle Flucht und Behinderung befinden. Durch drei Maßnahmenpakete soll das Projekt das deutsche Aufnahme- und Integrationssystem für Geflüchtete inklusiver machen. Erstens koordiniert HI im Rahmen des Projekts den Aufbau eines bundesweiten Netzwerks von Organisationen, die sich für vulnerable Gruppen mit Fluchterfahrung und Behinderungen einsetzen und unternimmt weitere Advocacy-Arbeit. Zweitens entwickelt HI mit den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrt Fortbildungs- und Beratungsangebote für Ehrenamtliche und Fachkräfte. Diese werden anschließend kostenfrei zur Verfügung gestellt. Dieses Maßnahmenpaket dient dem Kapazitätsaufbau von Mitarbeiter*innen. In einem dritten Paket werden die Kapazitäten der Geflüchteten selbst aufgebaut, indem sie in Workshops lernen, für sich selbst und die eigenen Rechte einzutreten.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Teilhabechancen marginalisierter Gruppen stärken

::: Diese Maßnahme zielt auf die Stärkung sozialer Netzwerke marginalisierter und vulnerabler Gruppen und damit auf eine Förderung von Partizipation, im Sinne von Teilhabe, ab.

::: Außerdem ermöglicht die Maßnahme marginalisierten Gruppen, ihre spezifischen Bedarfe, aber auch bestehende Ressourcen in Entscheidungs- und Planungsprozessen selbst zu artikulieren. Hierdurch werden inklusive und integrative Planungen und Entscheidungen gefördert.

::: Vulnerable und marginalisierte Gruppen, die zur Zielgruppe von Entscheidungs- und Planungsprozessen gehören, sollten selbst oder durch Vertretungen in die Prozesse eingebunden werden.

::: Insbesondere eine verstärkte Einbindung in Katastrophenmanagement-Planung kann die Resilienz marginalisierter Gruppen stärken, Einsatzkräfte entlasten und damit die Resilienz einer gesamten Kommune fördern. Wichtig ist diese Beteiligung jedoch auch in vielen anderen lokalen Planungsprozessen.

Praxisbeispiel: Unity Committees (CARE)

::: Im Rahmen des „One Neighbourhood Approach“ hat CARE International im Libanon sogenannte Unity Committees initiiert. Diese sollen eine gute Nachbarschaft aus syrischen Geflüchteten und libanesischen Einheimischen befördern und die diversen Interessen innerhalb einer Nachbarschaft widerspiegeln. Durch Schulungen werden die Mitglieder dazu motiviert und befähigt, ihre Bedarfe – in diesem Fall im Kontext von Schutz und sicheren Unterkünften – innerhalb der Community zu formulieren.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

6) Abbau von Ungleichheiten

Praxisbeispiel: Village Disaster Management Committees (VDMC) (HelpAge)

::: Um die Katastrophenresilienz älterer Menschen zu verbessern, wurden in Bangladesch und Myanmar sogenannte „Village Disaster Management Committees (VDMC)“ eingesetzt. Diese Community-basierten Organisationen sollen die Katastrophenvorbereitung auf Dorfebene verbessern. Sie werden von Mitgliedern der Gemeinde geleitet und bestehen aus Vertretungen verschiedener vulnerabler Gruppen, wie z.B. älteren Menschen, Schwangeren, alleinerziehenden Frauen, Kindern und Menschen mit Behinderungen. Jede Gruppe wird durch ein Quotensystem im Komitee berücksichtigt. Hierdurch sollen vulnerable Gruppen ihre spezifischen Bedürfnisse in den Prozess der Katastrophenrisikoreduzierung einbringen und aktiv an der Identifizierung von Gefahren und dem Erstellen von Katastrophenschutzplänen mitarbeiten.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Community-basierte Resilienzförderung und Katastrophenrisikoreduzierung

::: Humanitäre Organisationen wie das Rote Kreuz verstehen unter Resilienz die „Fähigkeit von Individuen, Gemeinschaften, Organisationen oder Ländern, welche dem Risiko von Krisen, Konflikten, Katastrophen sowie deren zugrundeliegender Faktoren der Vulnerabilität ausgesetzt sind, Notlagen zu verhindern, deren Auswirkungen zu verringern und zu bewältigen und sich zeitnah nach einer Krise, einem Konflikt oder einer Katastrophe wieder zu erholen, ohne langfristige Entwicklungsperspektiven zu gefährden“. Viele Programme zielen auf die Stärkung dieser Fähigkeit ab.

::: Community-basierte Ansätze der Resilienzförderung und Katastrophenrisikoreduzierung zeichnet aus, dass sie, im Vergleich zu allein staatlich gesteuerten Resilienzansätzen, die lokale Bevölkerung verstärkt in die Katastrophenrisikoreduzierung miteinbeziehen und an Planungen beteiligen. Dies birgt gleich mehrere Vorteile. Zum einen wird die Bevölkerung für Gefahren, Risiken und Katastrophen sensibilisiert und ist dadurch tendenziell besser auf potenzielle Ereignisse eingestellt. Zum anderen kann ihr Erfahrungswissen in die Risikoeinschätzung und die Maßnahmenplanung miteinfließen und hierdurch die Qualität der Pläne verbessern. Diese Vorgehensweise wurde bis vor einigen Jahren vor allem in der Entwicklungszusammenarbeit verfolgt.

::: Es wird daher empfohlen, die Bevölkerung und insbesondere Vertretungen von vulnerablen Gruppen stärker in die Katastrophenrisikoreduzierung einzubinden.

Praxisbeispiel: CBDRM im Mekong Delta

::: In Vietnam wurde der „Community Based Disaster Risk Management-Ansatz (CBDRM)“ seit 2000 bereits in circa 6000 vulnerablen Kommunen angewandt. Im Mekong Delta wird vor allem auf folgende Maßnahmen zur Etablierung des Ansatzes gesetzt: auf Schulungen der Bürger*innen sowie lokaler Akteure, auf die Einbindung von Informationen zur Katastrophenrisikoreduzierung in Schulcurricula, die Beteiligung der Bürger*innen in Risiko- und Vulnerabilitätsanalysen, die Verbreitung von Katastrophenrisikoinformationen über Flyer und Broschüren innerhalb der Kommune, die genauere Identifizierung relevanter Stakeholder und Ressourcen sowie auf eine verbesserte Kommunikation und Kooperation zwischen Vermittler*innen im Community Based Disaster Risk Management der Region.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

6) Abbau von Ungleichheiten

Praxisbeispiel: Ibasho-Ansatz

::: Ein weiteres Beispiel der Community-basierten Katastrophenrisikoreduzierung stellt der Ibasho-Ansatz dar. Dieser ursprünglich in Japan nach dem Tsunami 2011 entwickelte Ansatz wurde bereits erfolgreich in den Alltag von Gemeinden auf den Philippinen und in Nepal übertragen. Er geht davon aus, dass ältere Menschen über einen wertvollen Wissens- und Erfahrungsschatz verfügen, von dem Gemeinden unter anderem in der Förderung der „Community Resilience“ profitieren können. Ältere Menschen werden in und vor (Natur-)Katastrophen nicht mehr nur als passive, besonders zu schützende Personen wahrgenommen, sondern als aktive Helfende.

::: Der Ibasho-Ansatz funktioniert nach der bottom-up-Handlungslogik. Zentral ist, dass Prioritäten und Bedarfe durch Community-Mitglieder und ältere Menschen identifiziert werden. Beispielsweise werden sie an der Entwicklung von Evakuierungsplänen beteiligt. Wichtig für die Umsetzung des Ansatzes ist zunächst die Netzwerkbildung lokaler Partner, also zum Beispiel der lokalen Regierungsverantwortlichen, dem privaten Sektor, Forschungseinrichtungen und Gruppen der Gemeinde.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Zivilbevölkerung durch Training und Wissensvermittlung weiterqualifizieren

::: Diese Maßnahme soll die Selbstwirksamkeit der Bevölkerung fördern. Ziel ist es, Ungleichheiten zu reduzieren und hierdurch den Zusammenhalt zu stärken.

::: Trainings und Schulungen sind dabei an verschiedene Bevölkerungsgruppen gerichtet und vermitteln sehr verschiedene Inhalte. Sie können von Deutschkursen für Geflüchtete, welche die Verständigung und Integration erleichtern, über Selbstvertretungskurse für Menschen mit Behinderungen, die sie bestärken, für ihre Rechte einzutreten, über Computerkurse für Senior*innen, die ihnen eine gesellschaftliche digitale Teilhabe ermöglichen, bis zu Kursen, die Langzeitarbeitslosen eine Integration in den Arbeitsmarkt erleichtern sollen, reichen.

Praxisbeispiel: Youth Resolve (World Vision)

::: Ein Beispiel für ein berufliches Förder- und Qualifikationsinstrument im Kontext von Flucht und Migration ist das Projekt „Youth Resolve“. Ziel ist es, jugendlichen Migrant*innen durch Bildungsangebote und Sozialprojekte Lebenskompetenzen zu vermitteln und ihre beruflichen Perspektiven zu verbessern. Dies soll gleichzeitig Radikalisierung entgegenwirken und Spannungen zwischen Geflüchteten und der Bevölkerung von Aufnahmeländern mindern.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Praxisbeispiel: One Neighbourhoods Approach (CARE)

::: Zur Verbesserung der Lebensbedingungen armer Bevölkerungsgruppen im Libanon setzt der „One Neighbourhood Approach“ von CARE auf partizipative Ansätze und Schulungen für die Betroffenen zur Herstellung sicherer Unterkünfte.

6) Abbau von Ungleichheiten

Praxisbeispiel: One Neighbourhoods Approach (CARE)

[::: Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Training und Wissensvermittlung fördern

::: Eine Voraussetzung für den Abbau von Ungleichheiten ist, dass Entscheidungsträger, Akteure mit Lehrfunktion oder Außenwirkung, aber auch Verwaltungs- und Organisationsmitarbeiter*innen für das Erkennen von Ungleichheiten geschult sind. Außerdem sollte ihnen bewusst sein, wie sie durch Entscheidungen, Lehren und Handeln zu einer Reduzierung von Ungleichheit beitragen können.

::: Dies kann durch Schulungen erreicht werden, welche sich speziell an Fach- und Lehrkräfte sowie Organisationsmitarbeiter*innen richten. Empfohlen werden Schulungen, die für die Bedürfnisse spezifischer Gruppen sensibilisieren, die ein Verständnis für und Toleranz von Diversität fördern oder die gezielt in Inklusions- und Integrationsmaßnahmen unterrichten.

Praxisbeispiel: KIWI (CARE)

::: In Deutschland fördert die Organisation CARE mit dem Projekt „KIWI“ („Kultur, Integration, Werte-Initiative“ bzw. „Kinder und Jugendliche Willkommen“) an Schulen Integration, Toleranz und kulturelles Verständnis von Schulkindern und Lehrpersonal.

::: Ein Bestandteil sind Förderungen von schulischen Integrationsprojekten, für die sich Schulen bewerben können. Sie müssen von den Schüler*innen mit entworfen, geplant und umgesetzt werden. Es gibt zudem KIWI-Boxen, die Unterrichtsmaterial zu den Themen interkulturelles, soziales und globales Lernen, zu Freundschaft, Heimat und Familie beinhalten. In Fortbildungen wird das Lehrpersonal mit dem KIWI-Material und seiner Umsetzung praxisnah vertraut gemacht. Darüber hinaus erhalten die Lehrenden fachliche Informationen zu Flucht- und Migrationsursachen sowie zum Umgang mit traumatisierten Kindern und Jugendlichen.

[::: Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Praxisbeispiel: Crossroads | Flucht. Migration. Behinderung (Handicap International)

::: Das Projekt „Crossroads | Flucht. Migration. Behinderung“ der Organisation Handicap International (HI) zielt darauf ab, vor allem die Kenntnisse von Fachkräften und Ehrenamtlichen zu erweitern, die an der Schnittstelle zwischen Migration, Flucht und Behinderungen tätig sind. Im Rahmen des Projekts entwickelt HI in Kooperation mit den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrt Workshops und Arbeitsmaterialien für Personen, die in der Flüchtlings- und Behindertenhilfe engagiert sind. Die Materialien werden in einer Toolbox zusammengefasst und frei zugänglich gemacht. Ziel ist es, durch den Kapazitätsaufbau die Flüchtlingsintegration „inklusiv“ und die Inklusionsstrukturen „integrativ“ zu gestalten.

[::: Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

6) Abbau von Ungleichheiten

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung

Partizipative Resilienz-, Risiko-, Vulnerabilitäts- und Kapazitätsanalysen

- ::: Kommunale Resilienz-, Risiko- oder Vulnerabilitäts- und Kapazitätsanalysen dienen der Identifizierung und Priorisierung lokaler Risiken, Vulnerabilitäten sowie Kapazitäten. Sie stellen eine wichtige Grundlage gezielter Resilienzförderung dar. Werden diese partizipativ und unter Einbezug der Bevölkerung gestaltet, fördern sie gleichzeitig die sozialen Netzwerke zwischen beteiligten Stakeholdern, regen zu Partizipation an, sensibilisieren für Katastrophen, lassen die Perspektive der Bevölkerung in die Priorisierung von Risiken einfließen und tragen somit zur Förderung sozialen Zusammenhalts bei.
- ::: Empfohlen wird daher, die Bevölkerung bei der Durchführung solcher Analysen zu beteiligen. Vertretungen marginalisierter Gruppen dürfen dabei nicht vergessen werden.

Praxisbeispiel: Participatory Vulnerability Capacity Assessment (Christian Aid)

- ::: Im „Participatory Vulnerability Capacity Assessment“ der Organisation Christian Aid wird gemeinsam mit allen relevanten Stakeholdern einer Community ein „Joint Community Action Plan“ entwickelt. Hierbei sollen Netzwerke und die kollektive Wirksamkeit der Community gestärkt werden. Der Analyse- und Entwicklungsprozess soll zeigen, dass die Community ein gemeinsames Ziel formulieren, darauf hinarbeiten und erreichen kann. Wichtig ist, dass in den Prozess auch marginalisierte Gruppen eingebunden werden, deren Stimmen oft nicht gehört werden.

- ::: Angewandte Methoden sind beispielsweise Fokusgruppendifkussionen, gemeinsame Begehungen bzw. Ortsspaziergänge, Risikomapping und soziales Mapping, Analysen von Machtdynamiken sowie die gemeinsame Identifizierung und das Ranking von Ressourcen und Vulnerabilitäten.

- ::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Praxisbeispiel: Preliminary Resilience Assessment Boston

- ::: Zur Formulierung der Resilienzstrategie Bostons wurden mehr als 2000 Stakeholder in fünf Workshops, sechs öffentlichen Veranstaltungen, acht Präsentationen und 164 Treffen im Rahmen einer vorläufigen Resilienzanalyse informiert und konsultiert. Vier Ziele standen hierbei im Vordergrund: 1. eine Vorstellung der durchschnittlichen Perspektive Bostoner Bürgerinnen und Bürger auf sozialen Zusammenhalt und Chancengleichheit zu gewinnen, 2. den Fokus der Bostoner Resilienzstrategie und Forschungslücken zu bestimmen, 3. inklusive Governance und Beteiligung diverser Stakeholder sicherzustellen sowie 4. den Einsatz sowohl des Regierungs- als auch des bürgerlichen Engagements für den weiteren Prozess zu garantieren.

- ::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

6) Abbau von Ungleichheiten

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Vorteile des Engagements gezielt hervorheben

- ::: Bestimmte Bevölkerungsgruppen sind in Ehrenamtsorganisationen sehr wenig vertreten. Ein Beispiel hierfür ist die Unterrepräsentation von Migrant*innen in Katastrophenschutzorganisationen. Durch eine verstärkte Werbung von Migrant*innen für die Arbeit in Organisationen des Katastrophenschutzes können Synergieeffekte erzeugt werden. Migrant*innen können durch ehrenamtliches Engagement ihre Netzwerke ausbauen, Sprachkenntnisse verbessern und durch Ausbildungen im medizinischen, technischen, Verwaltungs- oder sozialen Bereich ihre Kompetenzen erweitern. Zum Teil erhöht dies ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt deutlich. Gleichzeitig bereichern die neuen Helfer*innen die Ehrenamtsorganisationen mit ihren Fähigkeiten, Kenntnissen und Erfahrungen.
- ::: Eine Diversifizierung des Ehrenamtes bietet nicht nur die Chance, neue Mitglieder zu gewinnen, sondern gleichzeitig eine Bereicherung durch neue Fähigkeiten und Kompetenzen. Es können neue Netzwerke entstehen, soziales Vertrauen aufgebaut und Partizipation gestärkt werden. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, das jeweilige organisationale Ehrenamt auch für unterrepräsentierte Gruppen attraktiv zu gestalten und diese Gruppen gezielt anzusprechen. Hiervon profitieren nicht nur die Organisationen, sondern genauso die neuen Mitglieder, die durch ein Engagement beispielsweise ihre Netzwerke und Soft Skills fördern können.

Praxisbeispiel: PROTECT – Lernen und Helfen im Ehrenamt

- ::: Das Projekt „PROTECT - Lernen und Helfen im Ehrenamt“ gehört in Berlin mittlerweile zum Regelangebot. Es bietet das Potenzial, Wissen, Erfahrungen, Sprachkenntnisse, Soft Skills und soziale Kontakte von Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund zu stärken und ihnen Integration und unter Umständen den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Andererseits zielt es darauf ab, die Zahl der Helfenden bei fortschreitendem demographischen Wandel, gewachsenen Flexibilitätsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt und sich verändernden Engagementmotivationen stabil zu halten. Zu diesem Zweck werden im Rahmen des Projekts ehrenamtliche Lots*innen ausgebildet, welche im Namen einer Bevölkerungsschutzorganisation auf lokale Vereine und Organisationen zugehen und für ein Engagement im Bevölkerungsschutz werben.
- ::: Hier geht es zum Praxisbeispiel

Auch in der Arbeit von Organisationen muss sich die Diversität der Gesellschaft abbilden. Effektiv ist die Arbeit nur dann, wenn die Potentiale einer vielfältigen Gesellschaft voll nutzbar gemacht werden.

Dabei erfordern die Herausforderungen heterogener Gesellschaften ein starkes Bemühen um den sozialen Zusammenhalt. Einzelne Gruppen dürfen nicht vergessen werden. Denn sozialer Zusammenhalt wächst nur dann, wenn möglichst viele soziale und kulturelle Gruppen in vollem Umfang einbezogen werden und vielfältige und offene Möglichkeiten für Begegnungen geschaffen werden.

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Interkulturellen Austausch fördern

::: Durch die Förderung interkulturellen Austausches sollen verbindende Faktoren gefördert und Quellen für Spannungen reduziert werden. Beispiele für verbindende Faktoren können Dialoge, Engagement, Bewusstseinsbildung und die Entwicklung von Fähigkeiten für den Arbeitsmarkt sein. Quellen für Spannungen hingegen können strukturelle Ungleichheiten, Exklusion, Diskriminierung oder Fremdheit sein. Welche Maßnahmen verbinden und wie Spannungen abgebaut werden können, ist stark kontextabhängig. Ziel jeder Maßnahme ist es aber, soziale Netzwerke, Vertrauen und Werte wie Toleranz und Anerkennung von Diversität zu stärken.

Praxisbeispiel: KIWI (CARE)

::: In Deutschland fördert die Organisation CARE mit dem Projekt „KIWI“ („Kultur, Integration, Werte-Initiative“ bzw. „Kinder und Jugendliche Willkommen“) an Schulen Integration, Toleranz und kulturelles Verständnis von Schulkindern und Lehrpersonal.

::: Ein Bestandteil sind Förderungen von schulischen Integrationsprojekten, für die sich Schulen bewerben können. Sie müssen von den Schüler*innen mit entworfen, geplant und umgesetzt werden. Es gibt zudem KIWI-Boxen für verschiedene Altersklassen, die Unterrichtsmaterial zu den Themen interkulturelles, soziales und globales Lernen, zu Freundschaft, Heimat und Familie, Diversität und Toleranz beinhalten. Die Grundschul-KIWI-Materialien legen zudem einen besonderen Fokus auf die Stärkung der Selbstwirksamkeit der Kinder. Es sollen spielerisch Vorurteile und Stereotypen abgebaut werden. Des Weiteren werden individuelle Schulprojekte, welche Vielfalt und Integration stärken, gefördert. Dies können zum Beispiel Patenprogramme, Theaterprojekte oder multikulturelle Exkursionen sein.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Praxisbeispiel: Makani Centers (UNICEF)

::: Makani („My Space“) Center sind von UNICEF geschaffene Lern- und Austauschorte, an denen jordanische, syrische, palästinensische und Kinder und Jugendliche anderer Herkunft gemeinsam Zugang zu Bildung erhalten. Ergebnis war, dass die Kinder offener für Vielfalt wurden, wenn sie an den Angeboten der Makani Center teilnahmen und in Austausch mit Kindern anderer Herkunft traten.

Praxisbeispiel: Makani Centers (UNICEF)

::: Hier geht es zum Praxisbeispiel

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Kooperation mit religiösen Trägern und Führungspersonen ausbauen

- ::: Diese Maßnahme zielt auf eine stärkere Vernetzung zwischen den einzelnen Organisationstypen und religiösen Führungspersonen auf der lokalen Ebene ab.
- ::: Die Faktoren Sprache, Kultur, Werte, Normen und Religion sind Identitätsfaktoren, welche dazu führen, dass sich insbesondere Migrant*innen bei einer Auswanderung oder Flucht an Menschen wenden, welche die gleiche Sprache sprechen oder der gleichen Kultur- und Religion angehören. Gleichzeitig bezeichnet sich 90 Prozent der Weltbevölkerung als religiös. Kirchengemeinden und Moscheevereine sind daher häufig die ersten Anlaufstellen für migrierte Personen und beeinflussen diese langfristig. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, auch in Deutschland religiöse Führungspersönlichkeiten stärker in Integrationsprogramme für Migrant*innen und Geflüchtete einzubeziehen. Durch den Zugang, über den die Führungspersonen zu den Geflüchteten und Migrant*innen verfügen, können sie zu einem Abbau von Ressentiments zwischen Migrant*innen und Aufnahmegesellschaft beitragen.

Praxisbeispiel: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

- ::: Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist mit dem Zentralrat für Muslime im Gespräch und erörtert, wie man mit religiösen Führern in Heimatländern von wieder abzuschiebenden Geflüchteten zusammenarbeiten kann, sodass diese die Rückkehr für die Zurückkommenden erleichtern. Sie werden häufig geächtet, da sie entweder in den Augen der Angehörigen gescheitert sind und es nicht geschafft haben, in Europa aufgenommen zu werden und einen Job zu finden, mit dem sie ihre Familie in der Heimat ernähren können oder weil sie die Zurückgebliebenen durch ihre Flucht verraten haben.

Katastrophenschutz, Kommunalverwaltung, Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Positive Narrative schaffen

- ::: Durch diese Maßnahmen sollen vor allem die Werte Toleranz und Respekt für Diversität, Reziprozität und soziales Vertrauen gestärkt werden.
- ::: Rollenspiele und Forentheater (die einen Perspektivwechsel ermöglichen und weitere Handlungsoptionen aufzeigen) sowie mediale Ansätze und unterhaltende Programme (wie zum Beispiel durch junge Menschen moderierte Radioprogramme oder bespielte Social-Media-Kanäle) sollen Einstellungs- und Verhaltensänderungen fördern. Sie können negative Wahrnehmungen und Vorurteile gegenüber Fremden oder Andersheit vorbeugen oder auflösen und auf diese Weise zu einer Vermeidung von Rassismus beitragen.

Positive Narrative schaffen

::: Entscheidend ist dabei, dies über positive Konnotationen und Erzählungen und nicht über Verbote, Strafen oder Auflagen zu erreichen. Es gilt also, Initiativen zu unterstützen, die positive Gegen narrative entwerfen, wie beispielsweise, dass Flucht- und Migrationsbewegungen für die wirtschaftliche Entwicklung der jeweiligen Aufnahmegesellschaft Chancen bergen und nicht als bedrohlich wahrgenommen werden müssen.

Praxisbeispiel: Projekt aus der Sucht- und Drogenprävention der Gemeinde Ostbevern

::: Im Rahmen der Vandalismus-, Drogen- und Suchtprävention in der Jugendarbeit Ostbevern wurde das Projekt „Lust auf einen schönen Sommer 2020... oder lieber chillen zwischen Müll und Security“ aufgelegt. Um Müllvermeidung zu befördern und die Zerstörung öffentlicher Räume zu verhindern wurden unter anderem Schulungen und Rollenspiele angeboten. In den Rollenspielen nahmen Jugendliche die Rolle von Anwohner*innen ein, die durch Lärm gestört werden, oder die Rolle vom Ordnungsamt, das Maßnahmen ergreifen muss. Andersherum versetzte sich die Gemeindeverwaltung in die Rolle der Jugendlichen. Durch den Perspektivwechsel konnte Verständnis für ordnungsbehördliches Eingreifen geweckt werden. Eine weiterreichende Wirkung wurde aufgrund der Netzwerke der teilnehmenden Jugendlichen erwartet, die ihre Erfahrungen aus den Rollenspielen in ihre Freundes- und Bekanntenkreise tragen. Die Maßnahme kann hierdurch auch auf indirektem Weg Werte vermitteln und zu sozialer Kontrolle beitragen.

Praxisbeispiel: Promoting Social Cohesion through the Media (SfCG)

::: Als internationales Beispiel positiver Narrative, welches auf einen Friedensaufbau abzielt, kann das von Search for Common Ground (SfCG) in Madagaskar initiierte Projekt „Promoting Social Cohesion through the Media“ genannt werden. Im Rahmen des Projekts wurden Radiostationen finanziell unterstützt, Journalist*innen in konfliktensibler Berichterstattung geschult und Austauschnetzwerke für Radio-Moderator*innen aufgebaut. Ziel ist eine Meinungsbildung der Bevölkerung auf Basis einer gemäßigten und neutralen Berichterstattung.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt

Interaktive Bildungs- und Vernetzungsarbeit global stärken

::: Diese Maßnahme zielt auf die Förderung von Toleranz, Respekt und des Do-No-Harm-Ansatzes ab. Sie soll ein Verständnis für andere Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie Kulturen schaffen. Hierzu können Bildungsangebote in der Jugend- und Erwachsenenbildung dienen, bestehend zum Beispiel aus interaktiven Workshops, die Personen im Globalen Norden das Leben im Globalen Süden näherbringen. Erreicht werden soll ein Wissensausbau in diesem Themenfeld, ein Perspektivwechsel und eine Vernetzung zwischen Globalem Süden und Norden.

Praxisbeispiel: Bildung trifft Entwicklung

::: Das Programm „Bildung trifft Entwicklung“ zielt auf globales und lebenslanges Lernen ab. „Eine Welt“-Themen werden dabei durch Referent*innen vermittelt, die authentische Erfahrungen zu Arbeits- und Lebensbedingungen aus Ländern des Globalen Südens mitbringen. Angebote richten sich an Menschen jeden Alters. Neben Bildungsveranstaltungen und Workshops gibt es beispielsweise auch eine digitale Weltkarte, die einen Perspektivwechsel ermöglicht.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Praxisbeispiel: Eine Welt-Promotor*innen-Programm

::: Im Rahmen des „Eine Welt-Promotor*innen“-Programms beraten und vernetzen derzeit 150 „Eine Welt-Promotor*innen“ zivilgesellschaftliche Organisationen in ganz Deutschland, welche diese Themen näher fördern. In Projekten und Aktionen ermöglichen sie einen Perspektivwechsel. Haltungs- und Handlungsveränderungen müssen vom Globalen Norden ausgehen. Dazu werden die Kenntnisse und Fähigkeiten im Bereich ökologischer und sozialer Veränderungen erweitert und politisches und zivilgesellschaftliches Engagement gestärkt. Themen sind etwa fairer und ökologischer Handel, bewusster Konsum, eine Fairkehrswende oder faire Vergabe.

::: [Hier geht es zum Praxisbeispiel](#)

Impressum

Projektkoordination

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Frank Fiedrich, Dr. Tim Lukas, Bo Tackenberg
Bergische Universität Wuppertal
Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit
Tel. 0202 / 43 95 602 (Sekretariat)
fiedrich@uni-wuppertal.de, lukas@uni-wuppertal.de, tackenberg@uni-wuppertal.de

Projektpartner

Prof. Dr. Dennis Dijkzeul, Carolin Borgmann
Ruhr-Universität Bochum
Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht
Tel.: 0234 / 32 27 932
dennis.dijkzeul@rub.de, carolin.borgmann@rub.de

Matthias Max, Matthias Schulze, Alena Biegert
Deutsches Rotes Kreuz
Kompetenzzentrum für Forschung und Innovationstransfer
forschung@drk.de

Assoziierte Partner

Global Disaster Preparedness Center der Rotkreuz und Rothalbmondbewegung (GDPC)
Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V. (VskA)
Caritas International



Gefördert vom BMBF unter den Fördernummern:

Bergische Universität Wuppertal
FKZ: 01UG1724AX
Ruhr-Universität Bochum
FKZ: 01UG1724BX
Deutsches Rotes Kreuz
FKZ: 01UG1724CX

Redaktionelle Mitarbeit

Marie Kloos

E-Paper des BMBF-Projekts:

„Resilienz durch sozialen Zusammenhalt – Die Rolle von Organisationen“ (ResOrt)
© BMBF-Projekt „ResOrt“. Alle Rechte vorbehalten. Wuppertal 2020

Abbrufmöglichkeit über die Projekt-Website:

www.projekt-resort.de



GEFÖRDERT VOM

